

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Schreibband bezogen für Preussisch, Dänzig, das Coos- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 12.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 50

Die neu eingekaufte Kompositionelle ober deren Name höher 6.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen: laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 3,75 M. netto pro Zeile. Einzelexemplare in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vertrauensvotum für das neue Kabinett

Der Reichstag über Oberschlesien — Entsendung des Kommissars

Die neue Regierung

Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Reichskanzler und Auswärtiges Dr. Wirth, Vizekanzler und Schatzminister Bauer, Inneres Dr. Adolph Köster, Wehrminister Fehler, Wirtschaftsminister Robert Schmidt, Ernährungsminister und gleichzeitig vorläufiger Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Postminister Giesberts, Arbeitsminister Brauns, Verkehrsminister Groener, Justizminister Dr. Radbruch. Das Wiederaufbauministerium bleibt vorerst unbesetzt.

Das Ergebnis der Abstimmung

Gegen 11 Uhr nachts begann die namentliche Abstimmung der beiden vorliegenden Anträge. Der erste Antrag vom Zentrum und den Rechtssozialisten gestellt:

Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung

wurde mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 Enthaltungen, also mit einer Mehrheit von 98 Stimmen angenommen. Für den zweiten Antrag, der von den Rechtsparteien gestellt war und gegen die Entscheidung des Obersten Rates protestiert, stimmten 152, dagegen 213 Abgeordnete, 4 enthielten sich der Stimme. Der Antrag ist also abgelehnt.

Die Krise ist überwunden. In später Nachtstunde hat der Reichstag die Erklärung der Regierung gebilligt. Es ist die Regierung Wirth, die dadurch die Möglichkeit bekommt, jene Linie in der auswärtigen Politik fortzuführen, die allein den Weg ins Freie zeigt.

Es ist die letzte schwere Krise, die unmittelbar aus der Ausführung des Versailler Gewaltfriedens folgt. Es ist der letzte der bitteren Verluste, die uns diejenigen zugefügt haben, die den Krieg des Imperialismus geführt und für seine Folgen verantwortlich sind. Es ist ein harter und schmerzlicher Verlust, weil die Grenze, die jetzt gezogen wird, nur zu viele von uns trennt, die zu uns gehören und durch ihre Abstimmung den Willen ihrer Zugehörigkeit bekundet haben. Aber es gab keine Wahl. Die den Krieg bis zum Zusammenbruch verlängert haben, sind die Schuldigen und Verantwortlichen auch für diese böse Folge ihrer Kriegspolitik.

Es verkleinert nicht, sondern mehrt nur ihre Schuld, daß sie jetzt die Liquidierung des von ihnen verlorenen Krieges auf andere abwälzen und durch unverantwortliche Demagogie, durch Schürzung der nationalen Erregung in den entscheidendsten Momenten der Außenpolitik langwierige innere Krisen hervorrufen.

Wenn es noch eines Beweises für die ungeheuerliche Torheit und Leichtfertigkeit dieser Politik gegeben hätte, so gab ihn der gestrige Tag. Vor dem Reichstag sprach als Kanzler Wirth. Er vertrat dieselbe Politik, die er bisher vertreten hatte und fand dafür die Billigung der Mehrheit. Konnte daselbe Resultat nicht erreicht werden, ohne das Reich in die Verwirrung und Erregung der letzten Woche zu stürzen, ohne erst im Auslande das Vertrauen in die Festigkeit der deutschen Außenpolitik und in die Zuverlässigkeit ihrer Zusagen arg zu erschüttern? Ohne im Innern das eben errungene System demokratischer Selbstregierung durch elende Klügelpolitik in den Heimlichkeiten der Fraktionszimmer zu kompromittieren?

Wenn es die Unfähigkeit und Erbarmlichkeit der bürgerlichen Fraktionsführer und ihrer Parteien sich offenbart hat, so dann, als Wirth von der Entstehungsgeschichte seiner Regierung sprach. Nicht aus dem festen und geschlossenen Willen der Parteien sei sie entstanden; unter dem Zwang von außen habe er zu raschem Handeln entschlossene Männer um sich gesammelt, um mit ihnen seine Politik durchzuführen.

Welch Armutszeugnis für diese Parteien, die das Notwendige nicht verantworten wollen und es sich nur auferlegen lassen von dem einzelnen Mann! Sie haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn dadurch ihr Parteigeißel gelodert wird. Für die deutsche Politik aber wird es sich vielleicht noch als heilsam erweisen, daß starke Persönlichkeiten den Zwang, den die bürgerlichen Parteiorganisationen auszuüben trachten, nicht mehr als unentrichtbar betrachten.

Die neue Regierung hat freilich von dieser Möglichkeit einen bescheidenen Gebrauch gemacht. Der Fortschritt zeigt sich vorerst im Negativen. Die Demokraten sind draußen geblieben. Das war nicht leicht. Wie Buridans Esel zwischen den beiden Heubündeln, so schwankten sie zwischen der Angst vor den Wählern und der Furcht, sich auszuschalten, unentschlossen hin und her. Aber sie hatten sich so völlig in Abhängigkeit von der Deutschen Volkspartei gegeben, sie fürchteten so sehr die Konkurrenz bei den Wählern, daß sie schließlich doch wegblieben.

Wenn es mit rechten Dingen in der deutschen Politik zuginge, so wäre diese Partei damit erledigt. Denn wozu soll eine Partei dienen, die ihre Politik so völlig nach der einer anderen gerade bei den wichtigsten Entscheidungen einrichtet? Wozu noch einen Demokraten wählen, wenn man damit auch nur einen Hörigen von Stinnes wählt? Der Bankrott ist vollkommen, und man darf vielleicht doch hoffen, daß diese Politiker, die nur von der Angst vor den Wählern bestimmt werden, von den Wählern erst recht verlassen werden, daß sie so mit ihrer Politik aus Furcht vor dem Tode Selbstmord verübt haben.

Leider hat sich Dr. Rathenau, der ausdrücklich nur wegen seiner fachlichen Eignung und nicht wegen seiner nominalen Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei in das frühere Kabinett berufen worden war, durch eine falsche und unangebrachte Solidarität veranlaßt gesehen, sein Ministerium nicht fortzuführen. Es ist unbegreiflich, daß ein Mann von Qualitäten sich von Petersen und Konsorten irgendwie bestimmen läßt. Dr. Rathenau hat eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen; es geht nicht an, sie mitten im Werk im Stich zu lassen. Sein Ministerium ist unbesetzt, und wir denken, daß der Wiedergutmachungsminister den Fehler, den er begangen, bald wieder gutmachen kann.

Außer diesem Ministerium ist das der Finanzen unbesetzt. Hier handelt es sich nicht nur um den Mann, sondern auch um das Programm. Davon hängt das Schicksal der neuen Regierung zum großen Teil ab. Es ist die wichtigste Frage unserer inneren Politik und es wird die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, mit allem Nachdruck einzugreifen, um endlich eine gründliche und den Interessen der Arbeiterklasse entsprechende Lösung zu erreichen.

Ein Gewinn ist der neue Justizminister Radbruch. Er ist nicht nur ein ausgezeichnetes Fachmann, sondern ein Mann von tiefem Gerechtigkeitsempfinden und Idealismus. Es ist zu hoffen, daß er die dringenden Justizreformen wirksam fördern wird und wir wünschen ihm nur die Energie und Entschlossenheit, die vielen Widerstände zu überwinden, die ihm von der Bureaucratie her drohen.

Ein neuer Mann für diese Regierung ist auch der frühere rechtssozialistische Außenminister Dr. Köster. Er ersetzt Dr. Grodnauer und hätte es leicht, ihn zu übertreffen. Denn die gerade in diesem Ministerium so dringende Reformarbeit ist von diesem Manne nicht geleistet worden. Ob wir beim Scheiden Dr. Kösters nicht daselbe werden konstatieren müssen, steht bei ihm.

Das Gepräge erhält aber diese Regierung von Dr. Wirth. Die Erklärung, die er im Reichstage vorgetragen hat, gab der großen Erregung über den Verlust Oberschlesiens starken Ausdruck; manches, was er sagte, entspricht nicht unseren Auffassungen und Genosse Breitscheid hat dies auch betont. Aber wichtiger als einzelne Wendungen ist für uns die Tat. Dr. Wirth wird den Kommissar ernennen und die Verhandlungen mit Polen führen. Entscheidend ist für uns auch, daß Wirth die Notwendigkeit der Politik der Erfüllung, des Wiederaufbaues und der Beseitigung des Mißtrauens aufs neue proklamiert hat. Und dieser Politik, die von uns immer vertreten worden ist, haben wir unsere Billigung ausgesprochen.

Die neue Regierung steht vor schweren Aufgaben. Zu den ungeheuren objektiven Schwierigkeiten, die sich aus dem Zwang des Friedensvertrages und aus der Finanznot ergeben, kommt der giftige Haß, mit dem alle nationalistischen und reaktionären Kreise sie niederzubeugen versuchen werden. Ihre parlamentarische Basis ist schwach. Aber eben deshalb hängt viel, hängt alles davon ab, daß die Arbeiterklasse das ganze Gewicht ihrer sozialen Macht in die Waagschale wirft, um die kommenden Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das „Glück der Sozialdemokratie“ war früher sprichwörtlich. Es hat sich wieder einmal be-

währt, da trotz Görlich die Koalition mit der Deutschen Volkspartei gescheitert ist, so gründlich, daß dabei die demokratischen Kämpfer gleich mit unter den Schlitten kamen. Damit ist die Arbeiterschaft vor schweren inneren Kämpfen bewahrt und die Möglichkeit offen geblieben, daß die Interessen der Arbeiterschaft geschlossen und mit vereinter Kraft vertreten und durchgeführt werden können. Ordnen die Rechtssozialisten diese dauernde Notwendigkeit der Geschlossenheit der Arbeiterschaft allem andern über, dann ist damit die Grundlage geschaffen, auf der die Arbeiterschaft vorwärts dringen und ihrer Gegner Herr werden wird.

Die Redner der Parteien

Den Reigen der Diskussionsredner eröffnete Hermann Müller von den Rechtssozialisten. Er wandte sich zuerst scharf gegen die Deutschnationalen, denen er eine Politik der bloßen Demonstration vorwarf. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen schlug er eine ziemlich stark nationale Note an, die ihm den Zwischenruf eines Uebernationalisten von der linken Seite eintrug. Er erklärte, daß seine Partei bereit sei, die Politik des Reichskanzlers Wirth zu unterstützen, und daß sie ihm bei dem Versuch, den Friedensvertrag trotz des Verlustes Oberschlesiens zu erfüllen, beistehen würde. Der Redner des Zentrums, Max Müller, aus Oberschlesien nahm sich insbesondere der Beschwerden seiner Landsleute an. Er ergänzte die Ausführungen des Reichskanzlers über die Verluste, die Deutschland in Oberschlesien erleidet, durch einige besondere Ausführungen. Der Abgeordnete Hergt von den Deutschnationalen befehligte sich in seiner Rede einer auffallenden Mäßigkeit. Er warf dem Kabinett Wirth vor, daß es sich immer gebeugt habe, statt den Drohungen der Alliierten gegenüber die geballte Faust zu zeigen. Im Widerspruch mit den Tatsachen meinte er, daß die Entente kein Recht habe, sich auf den Friedensvertrag zu berufen, wenn sie die Zustimmung zur Teilung Oberschlesiens gebe und die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen von Deutschland verlange. Heiterkeit erregte es, als ausgerechnet der Redner der Deutschnationalen sich auf das „göttliche Recht“ berief, das die jetzige Behandlung Deutschlands durch die Alliierten nicht kenne. Der nächste Redner, Professor Kahl von der Deutschen Volkspartei, gab an, daß die Entente nach dem Friedensvertrag ein Recht zur Teilung Oberschlesiens hätte. Im übrigen verwandte er einen großen Stimmenswand auf Fragen der Ethik und der Moral.

Für die U. S. P. D. sprach Breitscheid. Er hob die Debatte erst auf eine wirkliche Höhe. Auch wir teilen das Bedauern darüber, daß jetzt bisher deutsches Land von Deutschland abgetrennt werden soll, und insbesondere können wir den Schmerz der deutschen Arbeiter in Oberschlesien verstehen, die jetzt von dem Mutterboden ihrer idealen Auffassung losgerissen werden sollen. Aber darüber dürfen wir nicht vergessen, daß die Alliierten nach dem Grundjah aller Imperialisten handeln: Wehe dem Besiegten! Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hätten den geringsten Anlaß, sich auf das „göttliche Recht“ zu berufen, denn das, was die Entente uns heute antut, das hätten die Parteivorgänger dieser beiden Parteien während des Krieges, als sie den Sieg in der Tat zu haben glaubten, in viel härterem Maße tun wollen. Damals haben sich die deutschen Annexionalisten allerdings nicht auf das „göttliche Recht“ berufen, sondern, wie der Abgeordnete Mumm, auf das Recht der Eroberer.

Besonders glücklich war Breitscheid mit seinen Ausführungen gegen die Demokraten. Unter verständnisvoller Heiterkeit des Hauses sagte er, daß sie allerdings keine Veranlassung hätten, an einem Kabinett teilzunehmen, das nur „Persönlichkeiten“ umfassen soll. Die Politik, die die Demokraten in den letzten Tagen getrieben haben, sei alles andere als eine demokratische Politik gewesen. Gerade vom Standpunkt der formalen Demokratie aus hätten sie nicht die Regierung verlassen dürfen, deren Politik sie viele Monate lang mitgemacht haben. Der Regierung sagte Breitscheid, daß die U. S. P. D. ihr gegenüber den gleichen Standpunkt einnehmen werde, den sie bisher schon eingenommen habe. Es hänge von den Taten des neuen Kabinetts Wirth ab, ob es auf die Unterstützung unserer Partei rechnen dürfe. Die Feuerprobe werde die neue Regierung erst bestehen, wenn es sich um die Verteilung der Lasten handelt. Es sei allerdings ein Vorzug der neuen Regierung, daß ihr die Demokraten nicht angehören, aber es müsse sich erst zeigen, ob sie in der Steuerfrage die Interessen der arbeitenden Bevölkerung oder der kapitalistischen Kreise wahrzunehmen gewillt sei. Davon werde es abhängen, wie sich die U. S. P. D. zur Regierung verhalte.

Von den Demokraten sprach dann noch Schüdning, von den Kommunisten Heidemann, von der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft Paul Levi.

Die Sitzung des Reichstags

Mittwoch, 26. Oktober.

Präsident Voebé eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er von den 220 000 erwachsenen Landesleuten, die gezwungen von uns gehen, mit tiefem Schmerz Abschied nimmt: Wir wollen den Scheidenden, die einem fremden Lande mit fremder Sprache und Kultur zugewiesen werden, nochmals die Hand auf die Schulter legen, ihnen erst ins Auge blicken und ihnen das Gelübnis ablegen: Treue um Treue! (Lebh. Beifall.) Keine Macht der Erde kann durch Gewalt Unrecht in Recht verwandeln. (Erneuter Beifall.)

Die Erklärung des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Wirth stellt zunächst dem Hause die neue Regierung vor und dankt seinen neuen Mitarbeitern. Die neue Regierung ist in einer schwierigeren äußeren Lage des Reiches und unter innerpolitischen Schwierigkeiten gebildet worden. Da es nicht angängig war, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Krise der Regierungsbildung oder eine handlungsunfähige Regierung aufs Spiel zu setzen, konnte ich mich der Aufforderung des Reichspräsidenten nicht enthalten. (Beifall.) Die neue Regierung muß innerhalb kürzester Frist Stellung nehmen zu der Entscheidung der Vorkonferenz über Oberschlesien und die mit einer solchen Stellungnahme verbundenen Entschlüsse durchführen. Die Entscheidung vom 20. Oktober teilt das obereschlesische Abstimmungsgebiet durch eine dem Industriebezirk zureichende Grenze und erlegt Deutschland die Verpflichtung auf, mit Polen unter Leitung eines neutralen Vorsitzenden ein Uebergangsabkommen abzuschließen, durch das die aus der Grenzführung sich ergebenden wirtschaftlichen Schädigungen ausgeglichen werden sollen. (Zustimmung.)

ein Unrecht und ein Unglück

Der Spruch der Vorkonferenz schuf ferner eine neue politische Lage. Die neue Regierung weicht in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der alten Regierung ab. Auch sie betont feierlich vor aller Welt, daß durch den Spruch der Vorkonferenz Deutschland und dem betroffenen Oberschlesien harte Gewalt angetan wird. (Zustimmung.) Gemäß dem Versailler Friedensvertrag mußten die alliierten Hauptmächte eine Grenze zwischen Deutschland und Polen ziehen, die sowohl dem Abstimmungsergebnis, als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Driftschichten Rechnung tragen sollte. Diese Entscheidung durften nur die Hauptmächte selbst treffen. Sie waren nicht dazu berechtigt, den Völkerbundrat um ein Gutachten zu ersuchen und zugleich darüber übereinzukommen, dieses Gutachten, wie es auch lauten möge, als für sie bindend anzunehmen. Diese Uebersetzung der Entscheidung verstoßt gegen den klaren Wortlaut des Vertrages. (Sehr richtig!) Die gewählte Form der Mitteilung der Entscheidung heißt diesen Verstoß nicht. Auch in der Sache selbst steht die getroffene Entscheidung mit den Vorschriften des Vertrages in schroffem Widerspruch. (Zustimmung.) Die Entscheidung muß selbst feststellen, daß die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete zerlegt.

Sie vermeidet nicht eine Gefahr für Oberschlesien, die durch die Bestimmungen des Vertrages vermindert werden sollte. Daraus ergibt sich logisch, daß die gezeichnete Grenze nicht gezogen werden durfte, weil sie das Recht Deutschlands aus dem Vertrage verletzt. Um diese eingetragene Rechtsverletzung auszugleichen, haben die alliierten Hauptmächte zugleich beschlossen, den beteiligten Staaten ein Uebergangsregime auszuwirken, das gänzlich außerhalb der ihnen vom Vertrag zugewiesenen Befugnisse liegt. (Zustimmung.) Diese Rechtsaufassung wird die neue Regierung den alliierten Mächten gegenüber zum Ausdruck bringen. Die deutsche Regierung hat die Entscheidung der Vorkonferenz als

gegen Vertrag und Recht verstoßend an. (Sehr richtig!)

Unsere Aufgabe war es daher, die Regeln zu finden, nach denen eine praktische und mögliche Politik sich in der nächsten Zukunft bewegen muß. Zunächst muß die Aufgabe gelöst werden, einen Vertreter zu den Wirtschaftsverhandlungen über das Uebergangsregime zu entsenden. Vor die Entscheidung gestellt, ob wir einen Vertreter entsenden lassen oder nicht, ist es die Aufgabe unserer Politik, den Interessen Oberschlesiens selbst und denen ganz Deutschlands gerecht zu werden. Von dieser Betrachtung der Lage ausgehend, wird die Regierung ihren Bevollmächtigten für die Wirtschaftsverhandlungen ernennen und ihn den vier Hauptmächten unverzüglich mitteilen. Wenn die Regierung die Zustimmung der deutschen Volksvertretung zu diesen Entschlüssen erbitte, so verheißt sie sich nicht, daß durch die Rücktrittserklärung der alten Regierung eine neue Lage geschaffen worden ist. Die ehemaligen Gegner Deutschlands haben die Hoffnung auf die Gesundung ihrer durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft usw. vornehmlich auf die deutschen Reparationsleistungen gestellt und uns Lasten auferlegt, die — wenn sie überhaupt zu tragen sind — nur unter Belastung aller Kräfte getragen werden können. Durch die obereschlesische Entscheidung wird diese Voraussetzung auf das schwerste erschüttert.

(Der Kanzler gibt eine statistische Uebersicht darüber, was Deutschland an ideellen und materiellen Gütern durch die Entscheidung verliert. 75,5 Prozent der obereschlesischen Kohlenförderung fallen danach an Polen. Deutschland verbleiben von den 80 Milliarden Tonnen jährlich geförderter Kohle nur 5,5 Milliarden. Allein an Silber gehen mehr als 15 Milliarden Goldmark verloren.) Die größten Wirtschaftsländer der Welt haben unter dem Problem der Arbeitslosigkeit auf das schwerste zu leiden. Die obereschlesische Frage ist nicht eine speziell deutsch-polnische, sondern eine europäische und weltpolitische. Immer noch hindern kurzfristige Beschlüsse und Belastungen die Welt daran, den Weg zur gemeinschaftlichen Arbeit am Aufbau von Wirtschaft, Kultur und Recht zu gehen.

Die Politik der bisherigen Regierung war darauf eingestellt gewesen, durch Reparationsleistungen bis zur Grenze des Menschenmöglichen ihren allgemeinen Verpflichtungen zum Wiederaufbau nachzukommen. Auch die neue Regierung bekennt den guten Willen zur Befriedigung des aus den Kriegselendlichkeiten hervorgegangenen Mißtrauens der Völker. Sie wird durch den Willen, ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen, auch weiterhin den Gegnern jeden Vorwand nehmen, um die von ihnen geplante Vernichtung Deutschlands durchzuführen. (Sehr richtig!) Die deutsche Regierung legt gegen den Spruch der Vorkonferenz als eine Rechtsverletzung fester die Erwahrung ein. Um aber die dem deutschen Volke drohende Verelendung zu vermeiden, steht sie sich gezwungen, den in der Note vorgeschlagenen Delegierten zu ernennen; allerdings ohne ihre Rechtsauffassung preiszugeben. Die Regierung erbitte zu der darauf begründeten Politik ihre Zustimmung. (Lebh. Beifall.)

Die Debatte

Abg. Müller-Branten (S. P. D.): Der Reichspräsident und der Kanzler haben bereits der obereschlesischen Bevölkerung gedacht. Namens meiner Fraktion schreibe ich mich dem an. Es steht einig da, daß ein Volk zwei Jahre nach Kriegsende nicht auf die Folter gespannt wird, wie Deutschland in der obereschlesischen Frage. Unsere Aufgabe wird es jetzt sein, den Deutschen in Oberschlesien zu helfen, so weit es in unseren Kräften steht. Mit einer

Politik der großen Masse und der Demonstration

ist bei einem wehrlosen Volk nichts getan. Unsere Nationalpflicht ist, die Wahrheit zu sagen. Zwar streitet uns die „Kreuzzeitung“ jegliches Verständnis für nationale Fragen ab. Das ist ein etwas merkwürdiger Dank für die Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter in Oberschlesien. Und mit einem solchen Gehdel, wie das der „Kreuzzeitung“ mutet man uns zu, zusammenzuarbeiten! Weil wir die Wahrheit sagen, haben wir das Recht, der Entente zuzurufen, daß die obereschlesische Entscheidung nicht mit dem Völkerrecht vereinbar ist. Sie ist ein Ausfluß der Gewalt. Eine Ordnung in die europäische Volkswirtschaft kann nicht eher kommen, als bis der persönliche Geist in die europäische Bevölkerung eingeht. Wir haben in dem Kabinett Wirth das Vertrauen, daß es eine Politik der Versöhnung treiben wird. Wir danken dem Reichskanzler, daß er unter großen persönlichen Opfern das schwere Amt des Kanzlers wieder übernommen hat. Zu Experimenten ist jetzt weder Zeit noch Gelegenheit. Es kann nur eine klare Entscheidung geben, sie muß dem Kabinett Wirth günstig sein, wenn dem deutschen Volk noch Schwereres erspart werden soll.

Abg. Ullrich (Ztr.): Meiner Auffassung und der Auffassung meiner Fraktion nach muß die innerpolitische Betrachtung und die Kritik an dem jetzigen Kabinett zurücktreten hinter der brennendsten Frage der Außenpolitik: Oberschlesien. Was die Genfer Entscheidung wirklich gebracht hat, das übersteigt die schmerzlichen Erwartungen der Oberschlesier. Unser Vertrauen ist enttäuscht worden, wir fühlen uns betrogen und von aller Welt verlassen.

Der Wille der Bevölkerung

hätte festgestellt werden müssen, wenn man eine gerechte Entscheidung hätte herbeiführen wollen. Diese Bedingung ist nicht erfüllt worden.

Abg. Hergt (Dnt.): Auf die erste Warnung durch unser Land gehen mußte, die auch die Regierung und die Parteien mitgeriffen haben müßte. Das ist nicht geschehen. Ich darf wohl feststellen, daß das im Inland und leider auch im Ausland den Eindruck erweckt hat, daß über Oberschlesien nur Religion herrscht. Wie die Regierung darauf verzichtet hat, Führerin der nationalen Bewegung zu sein, so hat sich ja auch der Reichstag selbst ausgeschaltet. Eine überwältigende Mehrheit hätte sich heute finden müssen zur

Ablehnung der Genfer Entscheidung

und der Ernennung von Kommissaren. Wir freuen uns der ablehnenden Ablehnung der Demokraten.

Abg. Dr. Rahl (D. P.): Warum ist nicht der Reichstag sofort nach Eingang der obereschlesischen Entscheidung vom Kanzler orientiert worden? Wir haben ein ewiges, unveränderbares Recht auf Oberschlesien. (Beifall.) Auch wir wollen es erfüllen, soweit unsere Leistungsfähigkeit reicht. Aber durch die Annahme der obereschlesischen Entscheidung ist unsere Reparationsfähigkeit in Frage gestellt. Von einer Protestaktion erwarten wir allerdings nichts. Vorläufig wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur da anerkannt, wo es gegen Deutschland geht.

Abg. Breitscheid (U.S.P.):

Auch uns berührt es nahe, daß reindeutsche Gemeinden, in denen die große Mehrheit der Bewohner ihre Stimme bei der Volksabstimmung für Deutschland abgegeben haben, an einen fremden Staat fallen, an einen Staat, der uns noch dazu nicht die genügende Sicherheit dafür bietet, daß er seinen neuen Bürgern ein einigermaßen wohlliches Heim zu bereiten vermag. Speziell bedenken wir dabei natürlich

der Arbeiterkassen,

die von Deutschland losgelöst wird und damit losgelöst wird von dem Mutterboden ihrer Erbkassen. Wir verlieren außerdem Bodenschätze, Industriewerte, wir büßen Steuerkraft ein. In demselben Moment aber, wo die Flagge auf diesem Hause wegen Oberschlesien Halbmaht weht, gewahren wir an der Börse eine gemaltige Hausse in obereschlesischen Werten.

Was wir heute verloren haben, haben wir in dem Augenblick verloren, als

Dubendorff die deutsche Regierung drängte, Waffenstillstand abzuschließen.

Damals wäre vielleicht geeigneterer Gelegenheit gewesen, die Flagge auf Halbmaht zu setzen. Von da aus hat sich alles andere durchaus zwangsläufig entwickelt. Der Friedensvertrag ist das natürliche Ergebnis des verlorenen Krieges. Die Bedingungen des Friedensvertrages sind solche, wie sie der siegreiche Imperialismus den Besiegten auferlegt. Er kennt kein anderes Motto als „Wehe dem Besiegten!“ Er läßt eine Gerechtigkeit, wie er sie versteht. Er ist nicht imstande, die Grundfragen für einen dauernden Frieden zu legen, da er nicht die Interessen des arbeitenden Volkes, sondern ausschließlich die Interessen der Kapitalisten, der Industrie, der Banken usw. im Auge hat. Gegen diese Politik legt sich die sozialistische Arbeiterkassen zur Wehr. Sie weiß, daß weder durch Demonstrationen noch durch den von der Rechten gepredigten aktiven oder passiven Widerstand irgend etwas erreicht werden könnte, sondern nur, wenn dem Kapitalismus und Imperialismus die Grundfrage entzogen wird, durch ein anderes Wirtschaftssystem, durch

Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien hat keine Mehrheit für Polen ergeben, aber eine große Zahl von polnischen Stimmen, auf die gefolgt die Entente die Teilung Oberschlesiens mit Recht oder Unrecht vornimmt. Viele von denen, die für Polen stimmten, taun es nicht so sehr für die Republik Polen, als um sich gegen die alte preussische Politik auszusprechen, gegen die Politik der Entrenchung, der Unterdrückung. Es ist die Saat des Kapitalismus, die hier verhängnisvoll für das gesamte Volk aufgegangen ist. Was hat man getan, um die Stimmen der obereschlesischen Arbeiter für die deutsche Sache zu gewinnen? Propaganda ist getrieben worden — an Geld hat es ja nicht gefehlt — die Oberschlesier zu einem Herd der Korruption gemacht hat. Wenn Sie zu den obereschlesischen Arbeitern weniger von deutscher Kultur und mehr von deutscher Sozialpolitik, vom Achtundentag usw. geredet hätten, dann würden Sie wahrscheinlich einen sehr viel stärkeren und nachhaltigeren Eindruck gemacht haben. Aber davon ist deshalb nicht geredet worden, weil man es mit der deutschen Großindustrie nicht verderben wollte. (Sehr richtig!) Die ganze Agitation und Propaganda ist wieder zugeschnitten auf die sozial höherstehenden Schichten des deutschen Unternehmertums, der deutschen Industrie, des deutschen Kapitals.

Ein paar Worte zur Rechtsfrage: Nach unserer Uebersetzung spricht das formale Recht für die Entente. Es scheint mir eine außerordentlich gewaltsame Interpretation des Friedensvertrages zu sein, wenn man erklärt, daß aus Grund dieses Friedensvertrages Oberschlesien nicht geteilt werden dürfe. (Sehr wahr!) Wenn wir uns die entsprechenden Paragraphen des Versailler Vertrages ansehen, so kann trotz aller Interpretationskünste nichts daran geändert werden, daß dort von einer Grenzziehung in Oberschlesien die Rede ist, nicht von einer Abgrenzung des Abstimmungsgebiets. Ist es von Polen, ist es von Deutschland. Ueber eine innerhalb obereschlesischen Gebiets anzunehmende Linie soll der Oberste Rat entscheiden. Wir können sagen, die geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seien nicht genügend berücksichtigt worden. Aber wir können nicht erklaren, die Grenzziehung sei mit dem Friedensvertrag unvereinbar. Wir verurteilen es, daß man das deutsche Volk nicht genügend auf diese Dinge hingewiesen, es in Illusionen gewiegt hat.

Die wirtschaftlichen Bestimmungen

laufen darauf hinaus, das zerrissene Wirtschaftsgebiet wieder einigermaßen zusammenzufassen. Wir bedauern die Zerlegung, da auch wir das Gebiet für einheitlich halten. Aber wenn konnte man denn erwarten, daß der Vortch in dieser Beziehung Wirkung ausübe, insbesondere wenn er von Leuten kommt, die

selbst in ihren Kriegsjahren während des Krieges niemals die geringsten Rücksichten auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge bestimmter Gebiete genommen haben.

Ich erinnere nur daran, daß während des Krieges verlangt wurde, in Belgien müsse das wallonische von dem flämischen Gebiet getrennt werden. Hat die Vorgängerin der Deutschen Volkspartei Rücksicht auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge genommen in all ihren zahlreichen parteiologischen

Ausdehnungen zugunsten der Annektionen?

Die Konservativen bezeichneten sich als die Partei der Reichsausdehnung. Die Freikonservative Partei war für die mögliche Festhaltung des damals von deutschen Truppen besetzten Gebietes. Wetzlar sagte am 8. April 1916, daß es notwendig ist, daß wir Belgien fest in unserer Hand behalten. Von den wirtschaftlichen Interessen dieses Landes ist bei ihm nicht die Rede. Stresemann sprach davon, man müsse Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Hand behalten. Weiter wurde gesagt, wir müssen so stark werden, und unsere Gegner so rücksichtslos schwächen, daß uns kein Feind mehr anzugreifen wagt. Dazu ist unbedingt eine Grenzerweiterung im Osten und Westen erforderlich. Nichts von Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge dieser Gebiete, die dem Gegner gehörten. Und vor allen Dingen erinnere ich an die berühmte

Innenziehung der großen Verbände.

Nicht nur wollte man Belgien restlos schlucken, sondern auch daß in Belgien die Bevölkerung keinerlei politische Rechte haben soll. Ich sage: wo bleibt da die Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge?

In den Bestimmungen des Völkerbundsrats, das politische zerrissene Gebiet wirtschaftlich wieder etwas zusammenzufassen, sehen wir etwas, das im Interesse der gesamten obereschlesischen Wirtschaft liegt, das die Härte der Grenzziehung wenigstens vorübergehend zu mildern in der Lage ist. Warum bekämpft man gerade diese Wirtschaftsbestimmungen? Weil man Trozpolitik betreibt. Trozpolitik ist es, die sich am besten befandete in dem

deutschnationalen Artikel des demokratischen „Berliner Tageblatt“.

in dem gefordert wurde, man solle Polen verkaufen lassen. Das ist ja eine merkwürdige Wirtschaftsaussage, die Auffassung eines Mannes, der wirtschaftliche Zusammenhänge und das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein der Länder und Staaten noch nicht erfaßt zu haben scheint. Es gibt ja verschiedene Wohnungen und Etagen in dem Hause von Rudolf Mosse. Auf der einen regiert Herr Theodor Wolff, auf der andern der Berstand. (Große Heiterkeit.) Im Handelsteil des „Berl. Tageblatt“ konnte man lesen, daß diese Frage durchaus nicht so mit einer Handbewegung abgetan sei, daß man sich sehr wohl fragen müsse, ob es nicht doch im Interesse Deutschlands gelegen sei, den an Polen fallenden Teil Oberschlesiens nicht verkaufen zu lassen. Die demokratische Partei ist ja in den letzten Tagen außerordentlich ruhig geworden. (Heiterkeit.) Bei der ganze Krise, die jetzt angeblich wegen Oberschlesien über uns gekommen ist, handelt es sich darum,

die Koalition nach rechts zu verbreitern.

handelt es sich darum, die Tore der Regierung für die Deutsche Volkspartei zu öffnen, handelt es sich darum, die Grundlage für eine andere Politik zu finden, bevor der Wahstregen der neuen Steuererforderungen niedergeht, handelt es sich darum, vorher unter das sichere Dach einer großen Koalition zu kommen. Das ist das Streben der demokratischen Partei und zum Teil auch des Zentrums. Dieses Streben hätte nicht so stark werden können, wenn nicht eine große Partei der alten Koalition, die der Mehrheitsozialisten, in Görlitz sich so nachdrücklich für die Deutsche Volkspartei ins Zeug gelegt hätte. (Lebh. Widerspruch bei den Rechtssozialisten.) Die Alten sind darüber geschlossen. Wenn Sie Näheres darüber erfahren wollen, lesen Sie die Beschlüsse der Berliner Funktionäre. (Zuruf von den Rechtssozialisten: Lesen Sie Hamburg und Nürnberg!) Nürnberg ist in den letzten Jahren immer etwas rüchsig gewesen. Wenn man in Görlitz wenigstens etwas geschickter gewesen wäre. (Witzlos: (Rechtssoz.) ergeht sich in leidenschaftlichen Ausbrüchen gegen Breitscheid.)

Ich glaube, daß sich jemand nur deshalb in diesem Augenblick so aufregen kann, weil er selbst im Grunde keines Herzens die Berechtigung meiner Ausführungen anerkennt muß.

Es ist doch nie leicht auch bekannt, daß sich gerade in der letzten Zeit in Frankreich Anzeichen bemerkbar machen für einen

Auf nach links im bürgerlichen Lager.

Alle diese Ansätze zerstört man, wenn man den Eindruck erweckt, daß der bisherige Kurs in Deutschland nicht mehr gesteuert werden soll. Und die Demokraten gehen hin und haben nichts Eiligeres zu tun, als dem Kabinett den Boden unter den Füßen zu entziehen. Wenn das irgendeine andere Partei getan hätte, würden wir es auch verurteilen und unbegrifflich finden. Doppelt unbegrifflich ist es bei einer Partei, die sich demokratisch nennt. (Zuruf: Räuberrepublik!) Jawohl, wir sind nicht die unbedingten Anhänger der formalen Demokratie. Aber Sie (zu den Demokraten) sind es, sind die programmatischen Hüter der Demokratie. Es ist Ihr einziger Punkt im Programm. (Große Heiterkeit links.) So haben Sie ein politisches Spiel getrieben, das

an Verantwortungslosigkeit keinesfalls leidet.

Herr Dr. Wirth trat vor uns mit einem umgestalteten Kabinett, ein Kabinett nicht nur von Persönlichkeiten, sondern auch Charakteren. In diesem Kabinett lag auch ein demokratischer Ueberschuss. (Große Heiterkeit.) Sowie Selbstkenntnis haben also die Demokraten belesen, daß sie nicht in ein Kabinett der Persönlichkeiten eintraten. (Große Heiterkeit.) Wir haben das Kabinett Wirth in der bisherigen auswärtigen Politik unterstützt. Immer, wenn es eine Politik trieb, die im

Interesse des arbeitenden Volkes

gelegen war, die Republik zu schützen und zu verteidigen geeignet erschien. Wir sind durchaus gesonnen, an dieser Linie freie Hand vor, die Kritik und das Recht, uns gegen dieses Ministerium zu wenden in dem Augenblick, in dem es sich von den bisherigen Grundrissen entfernt. Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß die obereschlesische Frage nicht die einzige Frage ist, die das Kabinett zu erledigen hat. Man wird heute damit einverstanden sein, daß ein Kommissar entsandt wird, daß wir, soweit es in unseren Kräften liegt, auch weiter den Friedensvertrag erfüllen. In diesem Sinne findet auch die neue Regierung unsere Unterstützung. Aber damit ist die Arbeit des Reichskanzlers und seines Kabinetts nicht erfüllt. Es kommt gerade in der nächsten Zeit eine Reihe außerordentlich wichtiger Vorlagen auf die Tagesordnung, die Entscheidung über die große Frage,

wie die Folgen der Erfüllung des Friedensvertrages verteilt werden sollen.

Das wird die Feuerprobe sein. Die neue Regierung zu bestehen hat. Bis dahin ist ein Provisorium, eine Uebergangszeit. Auch wir sind überzeugt, daß der Versailler Friedensvertrag und das Ultimatum auf die Dauer nicht zu erfüllen sind. Aber es kommt darauf an, daß auch die Vertragsgegner diese Erkenntnis gewinnen.

Sie werden sie gewinnen, wenn wir unsere Kräfte aufbieten, zu leisten, was geleistet werden kann. Dadurch werden wir den Beweis erbringen, daß diejenigen, die heute, während weite Kreise Not leiden, in ihren Privatgeschäften Summen auf Summen häufen, zu den Leistungen herangezogen werden, wie es notwendig ist. Das ist die erste Bedingung, dem Gegner die Erkenntnis beizubringen, daß wir tun, was notwendig ist. Wir werden ihnen diese Erkenntnis um so mehr erleichtern, wenn wir in den Bahnen unsere Politik fortführen, die wir bisher gegangen sind. (Lebhafte Bravo! bei der U.S.P.)

Es sprachen noch die Abg. Schädling (Dem.), Heidemann (Komm.) und Paul Levi (Komm. Arb.). Dann folgte die Abstimmung. Über deren Ergebnis wir an anderer Stelle berichten.

Der Reichstag wurde kurz vor 1/2 12 Uhr auf unbestimmte Zeit vertagt.

Kommunistische Mächten

Zurückverweisung einer bewußten Verleumdung

Der Kommunist Ernst Meyer schreibt in der „Roten Fahne“, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten, anstatt die Mobilisierung der Arbeiter zur Verhinderung jeder bürgerlichen Koalitionsregierung zu unterstützen und selbst zu leiten, es vorzogen, dem Kampf auszuweichen und lieber eine bürgerliche Koalitionsregierung zu unterstützen.

Diese Behauptung von Ernst Meyer ist eine bewußte Verleumdung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Bewußte Verleumdung, weil Ernst Meyer an der Besprechung zwischen Vertretern der Kommunistischen Partei und der Unabhängigen Sozialdemokraten teilgenommen, die die Prüfung der Frage einer gemeinsamen Aktion der sozialistischen Arbeiterorganisationen für eine sozialistische Regierung zum Gegenstand hatte. In dieser Besprechung wurde von den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie erklärt, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten nach wie vor die Bildung einer sozialistischen Regierung erstrebt. Die sozialistische Regierung konnte nicht zu Stande kommen, weil es einmal die Rechtssozialisten bisher immer wieder vorgezogen haben, sich mit bürgerlichen Parteien zu koalieren und weil es zum andern die Kommunisten bisher immer wieder abgelehnt haben, sich aus einer sozialistischen Regierung zu beteiligen.

Wenn nun die Kommunisten neuerdings eine Aktion mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zur Erringung einer sozialistischen Regierung vorschlagen, so liegt darin das Eingeständnis, daß endlich auch die Kommunisten die Notwendigkeit der Erringung einer sozialistischen Regierung erkannt haben. Wollen nun die Kommunisten eine Aktion, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, in diesem Fall die sozialistische Regierung, dann dürfen sie die geschlossene Front nicht in dem Augenblick verlassen, wo das Ziel errungen ist, um sich seitwärts in die Büsche zu schlagen und die Sicherung des Ziels, der sozialistischen Regierung, anderen zu überlassen.

Das wollen aber die Kommunisten, wie sie selbst sagen. Mit einer Partei, die Angst vor ihrer eigenen Courage hat, läßt sich eben nicht gemeinsam kämpfen. Und neben den Rechtssozialisten tragen die Kommunisten die volle Verantwortung dafür, daß es bisher nicht möglich gewesen ist, zu einem gemeinsamen Vorgehen für eine sozialistische Regierung zu kommen.

Die Behauptung von Ernst Meyer, es genüge die Unterstützung einer sozialistischen Regierung im Reich durch die Kommunisten, so wie es in Thüringen und Sachsen der Fall sei, ist hinfällig. Die Regierungen in den Staaten sind in ihrer Betätigung durch die Reichsverfassung beschränkt. Im Reich liegt die Entscheidung über die zu führende Politik. Im Reich wird zwischen den Kapitalisten und den Sozialisten um die Macht gekämpft. Und im Reich muß sich die gesamte revolutionäre Bewegung des Proletariats in fester Geschlossenheit nicht nur für die Eroberung, sondern auch für die Erhaltung einer proletarisch-sozialistischen Regierung einsetzen. Daraus kommt es an, und alles, was Ernst Meyer anderes zu diesem Thema schreibt, sind demagogische Mäxchen, um Arbeiter zu betören und für kommunistische Banterouteure einzufangen.

Der Sieger

Ober: Sie tanzten, wie gepiffen wird

Unlängst konnten wir auf gewisse „Unstimmigkeiten“ zwischen den Artikeln des Handelsredakteurs des „Berliner Tageblatts“ Dr. Pinner und dem Leitartikel-Feuilletons Theodor Wolffs, des mit Recht so beliebten Chefs des gleichen Blattes, feststellen. Dabei handelte es sich noch um die verschiedenen Meinungen zweier Herren, wenn auch zweier Redakteure des gleichen Blattes. Daß zwei Menschen verschiedener Meinung sind, kommt jeden Tag vor. Daß sie trotzdem gleichzeitig an einem großen Blatte auf wichtigen Posten mitarbeiten können, ist schon weniger alltäglich, aber dafür ist das „B. T.“ ein liberales Organ. Aber daß ein Mensch über eine entscheidende politische Frage am Mittwoch das Gegenteil von dem schreiben kann, was er drei Tage früher, nämlich am Sonntag schrieb, das ist eine Leistung, die wir selbst von einem Redakteur des „B. T.“ nicht erwartet hatten. Herr Erich Dombrowski ist es, der durch solche Tat seine Kollegen Wolff und Pinner übertroffen und damit einen Rekord aufgestellt hat, der so leicht nicht gedrückt werden dürfte. Selbst von einem liberalen Redakteur nicht.

Der Tatbestand ist folgender: Am Sonntag leitete Herr Dombrowski seinen Leitartikel im „Berliner Tageblatt“ mit folgendem Absatz ein:

„Kaldher, als man vermutet hatte, ist das Reichskabinett zurückgetreten. Dr. Wirth hat nicht erst die Verhandlungen der Parteien zur Bildung einer neuen Regierung abgewartet, sondern hat nach dem Eintreffen der Note über Oberschlesien sofort dem Reichspräsidenten die Demission des Ministeriums angeboten. Dieser Schritt war unumgänglich notwendig, da die Beschlüsse der Parteikonferenz, die jetzt in ihrem Wortlaut vorliegen, nicht nur die schärfsten Befürchtungen übertreffen, sondern auch in ihren wirtschaftlichen Bestimmungen den Rahmen des Versailler Friedensvertrages weit überschreiten, und dazu noch in die Form eines Diktats mit ultimativem Charakter gefaßt sind. Damit ist die außenpolitische Verständigung und Erfüllungspolitik Dr. Wirths in sich zusammengebrochen.“

Am Mittwoch schloß er seinen Leitartikel in demselben Blatte so:

„Die Lösung der Kabinettskrise ist keineswegs erfreulich. Die nunmehr wohl überstandene Krise hätte sicherlich nicht einen so peinlichen Eindruck nach außen gemacht, wenn das alte Kabinett Wirth nicht vorzeitig seine Demission gegeben hätte, statt, in einem Moment höchster Spannung, die Fingel fest in der Hand zu behalten, die Initiative zu ergreifen und den Reichstag vor eine bestimmte Stellungnahme der Regierung zur obersteinsten Frage zu stellen. Indessen gehört dieser schwere Regieschritt jetzt der Vergangenheit an, und es wäre müßig, ihn von neuem zu kritisieren. Wohl aber wird man in Zukunft daraus lernen müssen, wie es nicht gemacht werden darf.“

Also, was am Sonntag ein unumgänglich notwendiger Schritt war, gilt am Mittwoch als eine Voreiligkeit, als ein Regieschleier, den man nicht kritisieren will. Alle Haltung vor dieser weisen Vorhut und vornehmen Zurückhaltung, deren Eindruck nur dadurch abgeschwächt wird, wie man sie gegen sich selbst übt. Denn wen würde wohl eine eventuelle Kritik am härtesten treffen . . . ?

Bei unserem ersten Hinweis auf die Widersprüche innerhalb der Redaktion des „B. T.“ stellten wir die Frage, ob Herr Pinner seinen Chef für einen Vorkritiker hält. Jetzt fragen wir: Hält jemand das „Berliner Tageblatt“ für ein politisches Blatt?

Zwar! Aber für ein demokratisches — und für ein getreues Abbild der demokratischen Partei

und ihrer Politik. Und im edlen Wettbewerb um die Palme der Gesinnungslosigkeit, der bestimmend für die Politik dieser Partei ist, blieb Dombrowski unbefruchteter Sieger.

Der preussische Etat

Im Hauptauschuh des Preussischen Landtags letzte Mittwoch vor Eintritt in die Tagesordnung ein lebhafter Meinungsaustrausch darüber ein, ob eine von der Regierung abgegebene Erklärung über die Ministerialzulagen der Beamten der Beschäftigung des Ausschusses unterliege. Der Hauptauschuh war der Auffassung, daß eine solche Vorlage, die eine voraussetzliche Ueberstreichung des Etats bedeutet, nur in Form eines Nachtragsetats erfolgen könne.

Gegen die beabsichtigte Hohenzollernabfindung nahm unser Genosse, Abgeordneter Meier, Stellung. Er kennzeichnete kurz den Standpunkt unserer Partei in dieser Frage und kündigte dem beabsichtigten Vergleich mit der früheren Krone scharfsten Kampf an. Wenn man schon, wie die Deutschnationalen, auch den Hohenzollern das „Recht“, das ihnen angeblich zusteht, zubilligen wolle, so dürfe man andererseits aber auch nicht vergessen, daß in der jetzigen Situation und nach Entwicklung der politischen Dinge zweifellos das Volk aber auch ein Recht dazu habe, die Hohenzollern so schnell wie möglich, entschädigungslos zu enteignen. Ebenso habe die gesamte Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse daran, so schnell wie möglich einen Bericht über die Ergebnisse der Nachprüfung der Vergleichsentwürfe mit dem früheren Königshause und über die Entstehung des sogenannten Hohenzollernvermögens zu bekommen.

Der Etat wurde schließlich angenommen. Damit ist das Gehalt des Finanzministers im Hauptauschuh bewilligt. Die Debatte über den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Das Loch im Westen

In Koblenz begannen am Montag die Verhandlungen zwischen der vom Generalen v. Mutius geführten deutschen Delegation und dem Interalliierten Sachverständigenkomitee unter Vorsitz von Dell'Abella über die Ausgestaltung des Interalliierten Organs zur Ueberwachung der Handhabung des deutschen Ein- und Ausfuhrsystems im besetzten Gebiete, dessen Schaffung bekanntlich nach dem Beschluß des Obersten Rates vom 13. 8. Vorbedingung für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen ist. Den Verhandlungen lag ein Entwurf des Interalliierten Sachverständigenkomitees zugrunde, über den in zwei Sitzungen ein Austausch der Ansichten stattfand. Der Präsident und einige Mitglieder des Interalliierten Komitees, die an den Arbeiten der Pariser Konferenz über die Befähigungskosten teilnehmen, abreisen mußten, wurden die Verhandlungen heute unterbrochen, um spätestens Anfang November fortgesetzt zu werden. Die Zwischenzeit soll zur Prüfung der gegenseitigen Vorschläge und Einwendungen verwendet werden. Der bisherige Gang der Verhandlungen läßt erhoffen, daß es im Sinne gegenseitiger Verständigung gelingen wird, zum Abschluß einer Vereinbarung zu kommen.

Die Schlichtungsordnung

Neue Beratung im Reichswirtschaftsrat

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat trat am Mittwoch bei sehr starker Beteiligung zu seiner 23. Sitzung zusammen. Um brei erstattete den schriftlichen Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über den Entwurf einer Schlichtungsordnung.

In der allgemeinen Aussprache stimmt Albrecht (Ang. Vert.) dem Gedanken der Schlichtungsordnung zu, lehnt aber jede Unterbindung des Koalitionsrechtes der Arbeiter ab, ebenso ein Zwangsverfahren: Die Verweigerung seiner Arbeitskraft muß das letzte Kampfmittel des Arbeiters bleiben. Redner schlägt für § 55, Abs. 1, folgende Fassung vor:

„Wird bei einer Gesamtkriegsleistung die zuständige Schlichtungsstelle oder Behörde von einer beteiligten Partei angerufen, so hat sie das Schlichtungsverfahren einzuleiten, die beteiligten Parteien zur Verhandlung zu laden und, falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen Schiedsspruch zu fällen.“ Die Ausnahmestellen der gemeinnützigen Betriebe, wie sie der Entwurf vorsieht, lehnt die Arbeiterschaft ab, ebenso die Gewerbeaufsichtsbeamten als Kontrolloren. Wir verlangen ferner, Streichung aller Sonderbestimmungen für die öffentlichen Behörden. Zum Schutze gegen die gelben Gewerksvereine fordern wir eine andere Definition des Begriffes der wirtschaftlichen Vereinfachung.

Dr. Röhr (Ang. Vert.) verlangt Beseitigung der Haftung für Schadenerfolg aus Zwangsverhandlungen gegen die Entscheidung des Schiedsspruches. — Der Entwurf geht mit den dazu gestellten Anträgen an den Sozialpolitischen Ausschuh zurück.

Schumacher (Gewerksvereine d. Holzarb.) erstattet den Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zum Gesetzentwurf über Lohnstatistik. Ein vom Ausschuh angenommener Kompromißantrag wurde von den meisten Arbeitnehmern abgelehnt. — Nach längerer Debatte wird ein Antrag Dr. Thibson auf Zurückverweisung an den Ausschuh angenommen.

Werner (Ang. Vert. d. Handelsb.) berichtet über die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Genuefer Uebereinkommen über die Arbeitsbedingungen der Seeleute usw. Grundlegend soll die 48 stündige Wochenarbeitszeit gelten, aber für Schiffe in Fahrt soll diese Bemessung nicht gelten. — Die Vorschläge des Ausschusses werden einstimmig angenommen.

Mit dieser Entscheidung des Plenums über die Schlichtungsordnung ist das im Sozialpolitischen Ausschuh ausgebrütete und von Umbreit und seinen Fraktionsgenossen so warm empfohlene üble Kompromiß, das ein Zwangsschiedsverfahren mit allen seinen Nachteilen durchführen wollte, einstweilen gefallen. Wir haben das Werk des Ausschusses sofort bekämpft und freuen uns dieser Wendung der Dinge. Der Sozialpolitische Ausschuh darf nun von vorn anfangen. Wir wünschen ihm Glück bei seinem segensreichen Wirken und geben ihm und der Arbeiterschaft das Versprechen, daß wir dem Ausschuh auch fernerhin genau auf die finstern Finger sehen werden, damit er uns nicht etwa eine andere geistige Mißgeburt unter-schiebt.

Wirtschaft und Erwerbslosigkeit

Stand des Arbeitsmarktes am 1. Oktober — Schlimme Ausichten

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Auch der Monat September hat einen Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen gebracht, und zwar ist die Zahl der männlichen Vollerwerbslosen von 177 000 auf 146 000, die der weiblichen von 60 000 auf 43 000, die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 233 000 auf 189 000 gefallen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser ist von 255 000 auf 211 000 zurückgegangen.

Wie bisher erfährt die Statistik nicht diejenigen Erwerbslosen, die aus wirtschaftlichen und anderen Gründen Unterstützung nicht beziehen, auch nicht die Kurzarbeiter. Immerhin ist der Rückgang der Erwerbslosigkeit beträchtlich. Das Wertes begünstigte nach wie vor die Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe sowie die Reststandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Noch stärker allerdings wurde die Lage des Arbeitsmarktes durch den unerhörten Rückgang der

Marktwährung beeinflusst, der wieder die bekannten Folgeerscheinungen, Angstläufe der einheimischen Bevölkerung und starke Belebung des Auslandsgeschäfts zeitigte. Diese Entwicklung muß als durchaus ungesund bezeichnet werden. Erfahrungsgemäß erfährt die Kaufkraft im Innern bei sinkender Valuta sehr bald, während im Auslande die Gefahr einer Ueberfättigung des Marktes mit deutschen Waren in die Nähe rückt. Erhebliche Gefahren drohen der künftigen Beschäftigung unserer Industrie. Auch im Hinblick auf die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe infolge des Rückganges der Reichswährung. Es ist daher leider zu befürchten, daß die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes schon in Bälde wieder eine ausgesprochen ungünstige wird.

Es ist richtig, daß wir einer neuen Wirtschaftskatastrophe entgegensteuern. Die Ueberfättigung des Auslandsmarktes wird bald eintreten. Inzwischen schreitet die Geldentwertung infolge der Valutaspekulation und der fortgesetzten Steuerabotage der Befähigten rüstig vorwärts und drückt auf die Kaufkraft der Einkommen der Massen in Deutschland, so daß auch der innere Markt an Aufnahmefähigkeit immer mehr verliert. Es ist gut, daß sich das Reichsarbeitsministerium darüber klar ist. Wir hoffen, daß es die jetzt an Erwerbslosenunterstützung ersparten Beträge bereit hält, um sie später zu erhöhten Leistungen an die Arbeitslosen verwenden zu können. Wenn der Minister den Lauf der Dinge so aufmerksam verfolgt, dann wird es ihm ja auch nicht entgehen, daß die Arbeitslosen unter den steigenden Preisen schon jetzt erheblich leiden.

Ungarn und die kleine Entente

U. Budapest, 26. Oktober.

Das angekündigte Ultimatum der kleinen Entente ist bisher noch nicht übergeben worden. Das Kabinett wird natürlich erst nach Eintreffen der Note in der Lage sein, Beschluß darüber zu fassen. Jedoch verläutet mit Bestimmtheit, daß die Regierung nicht gewillt ist, eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes zu gestatten. Man nimmt hier den Standpunkt ein, daß eine Abkehr der Habsburger durch Gesetz nur mittels eines freien Beschlusses der Nationalversammlung ohne außenpolitischen Druck zustandekommen könne. Jede Forderung der kleinen Entente, die als eine zwangsweise Einmischung in die Rechte der gesetzgebenden ungarischen Körperschaft anzusehen sei, wird unbedingt abgelehnt werden.

Die neue Terrortwelle

U. Budapest, 26. Oktober.

Die Hauptstadt kehrt seit gestern unter der förmlichen Diktatur der Detachements und der „Erwachenden Ungarn“. Besonders die Detachements Bronan und Héjjes fühlen sich, seitdem mit ihrer Hilfe der karistische Aufstand niedergeworfen ist, als allmächtige Herren der Situation. Hand in Hand mit ihnen arbeiten die „Erwachenden Ungarn“, die gestern wieder große Demonstrationen veranstalteten, wobei zahlreiche Passanten blutig geschlagen und die Druckereien der liberalen Zeitungen „Magyarország“ gänzlich demoliert wurden. Wie üblich, richteten sich die Ausschreitungen gegen die Juden, denen man diesmal vorwirft, mit den Karisten konspiriert zu haben, während sie bisher bekanntlich stets wegen bolschewistischer Gesinnung verprügelt wurden. Wie zur schlimmsten Zeit des weißen Terrors im vorigen Jahre sind jetzt die Straßen Budapests nach Eintritt des Dunkelheit menschenleer; da jedermann die Uebergriffe der „Erwachenden“ fürchtet. Die wirklichen Führer des legitimen Unternehmens befinden sich nur zum Teil in Haft und es wird von Stunde zu Stunde klarer, daß sie auch diesmal kraß frei ausgehen werden.

Tavan räumt Sibirien

London, 26. Oktober.

Wie dem Neuterischen Bureau aus Tokio von ununterrichteter Seite mitgeteilt wird, beschloß die japanische Regierung, ohne Rücksichtnahme auf die mit Tschita schwebenden Verhandlungen, Sibirien zu räumen. Der Schut der japanischen Untertanen wird der provisorischen Regierung Sibiriens überlassen werden. Alle Gefangenen, Waffen und Munition werden zurückgegeben.

Kleine Nachrichten

Der 9. November gefeierter Feiertag in Thüringen. Aus Weimar wird gemeldet: Das thüringische Staatsministerium bereitet ein Kollegium vor, nach dem der 9. November in Thüringen als gefeierter Feiertag eingeführt werden soll. Dafür soll der Buhtag wegfallen und das Reformationsfest in den Schulen nicht mehr begangen werden. Die Feiern des Reformationsfestes war bisher nur in Sachsen-Altenburg üblich.

Spaltung in der Zentrumspartei der Walz. Die Zentrumspartei der Rheinprovinz hat sich gespalten. Die Mehrzahl der Delegierten sprach sich, unter heftigen Ausfällen gegen das Reichszentrum, für den Anschluß an die Bayerische Volkspartei aus. Darauf verließ die Minderheit, die sich aus Vertretern der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereinigungen zusammenschloß und für ein Zusammenarbeiten mit dem Reichszentrum ist, den Tagungslokal.

Für die Hungernden in Rußland. Nach einer Haasmesung aus Washington hat Handelsminister Hoover dem Kongreß vorgeschlagen, die überflüssigen Vorräte aus dem Kriegsernährungsbeständen für die Versorgung der Hungernden in Rußland zu verwenden. — Monsignore Laro, Sekretär der Berner Mission, hat im Auftrag des Papstes Dr. Rankin eine halbe Million Lire übergeben, die für das hungernde Rußland bestimmt sind. — Das Tschechische Hilfskomitee für die Hungernden in Rußland hat beschlossen, eine größere Sendung Zucker in das Hungergebiet zu bewirken. Der Transport soll am 7. November d. Js. abgehen.

Der nächste Gewerkschaftskongreß in Rom. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Genf: Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam, dessen Mitglieder sich gegenwärtig in Genf befinden, hat beschlossen, den nächsten Gewerkschaftskongreß für den 20. April 1922 nach Rom einzuberufen.

Der Rat der Präfektur in Paris hat die Wahl des wegen der Meuterei der französischen Schwarzmeer-Flotte verurteilten Kommunisten Ratz zum Municipalrat für ungültig erklärt, einmal, weil er zu einer erteilenden Strafe verurteilt worden sei, und zweitens, weil er seinen Wohnsitz nicht in Paris habe. Man nimmt an, daß Ratz Berufung beim Saatorat einlegen wird. Bis zur Entscheidung bleibt er nominell Municipalrat.



Hühneraugen
Kornhaut, Schwielen, Warzen
beobachtet das wirklich empfindliche milchsaures
Kukirol
Schachtel N. 1, 2 in Apotheken & Drogerien erhältlich

Leipziger Strasse
Praktische Vorführungen mit Kostproben über das Backen und Kochen mit Hilfe finden Donnerstag und Freitag in der Beratungsstelle des Berliner Hausfrauen-Vereins v. 10 Uhr morg. bis 6 Uhr abends statt

HERMANN

Alexanderplatz, Abteil. Frische Blumen:
Obstbäume zur Herbstpflanzung
darunter Pfirsichbäume, sehr preiswert

Gänse jung, Pfd. 14 ⁵⁰ 16 ⁰⁰
Gänsestückenfleisch Pfd. 13 ⁰⁰
Gänsekeulenstücke Pfd. 18 ⁵⁰
Hasen gebr., Pfd. 13 ⁰⁰
Hirschfleisch Pfd. von 7 ⁵⁰ an
Kaninchen gefroren, Pfd. 4 ⁸⁰
Krammetsvögel Stück 1 ⁰⁰
Bücklinge Pfd. 6 ⁵⁰
Sprossen Pfd. 8 ⁵⁰
Bratflünder Pfd. 1 ²⁰
Spiegelkarpfen lebend, Pfd. 11 ⁵⁰
Harzer Käse Pfd. 9 ⁵⁰
Stangenkäse Pfd. 9 ⁵⁰
Goudakäse Pfd. 13 ⁵⁰
Preiselbeeren mit Zucker gest., Pfd. 7 ⁵⁰

Leipziger Strasse **Frishes Fleisch** Alexanderplatz

Schweinekopf mit Becke, Pfd. 8 ⁰⁰	Schmorfleisch mit Knochen, Pfd. 11 ⁰⁰
Schinken u. Blatt Pfd. 15 ⁰⁰	Kalbskamm Pfd. 10 ⁰⁰
Schweinerücken in Fett, Pfd. 16 ⁰⁰	Kalbskeulen Pfd. 12 ⁰⁰
Schweinebauch Pfd. 16 ⁰⁰	Hammelvorderfleisch Pfd. 9 ⁰⁰
Hammelrücken und -Keulen Pfd. 11 ⁰⁰	

Kohlrabi Pfd. 60 ⁰⁰
Weisskohl Pfd. 85 ⁰⁰
Wirsingkohl Pfd. 85 ⁰⁰
Märk. Rüben Pfd. 50 ⁰⁰
Mohrrüben Pfd. 55 ⁰⁰
Rote Rüben Pfd. 50 ⁰⁰
Dauerzwiebeln Pfd. 90 ⁰⁰
Sellerie grosse Knollen Pfd. 1 ⁵⁰
Grünlinge Pfd. 1 ⁷⁵
Kochbirnen Pfd. 1 ⁴⁰
Essäpfel Galopamben Pfd. 2 ⁰⁰
Weizenmehl Pfd. 4 ⁰⁰
Tafelreis Pfd. 4 ⁰⁰
Weizengriess Pfd. 4 ⁷⁵
Kaffeemischung 25% Bohnen Pfd. 8 ⁰⁰

Leberwurst 2-Pfd.-Dose 9 ⁰⁰	Rotwurst Pfd. 14 ⁵⁰	Margarine Pfd. 14 ⁸⁰
Leberwurst 4-Pfd.-Dose 17 ⁰⁰	Landleberwurst Pfd. 14 ⁵⁰	Tafelmargarine Pfd. 17 ⁰⁰
Heereskost amerik. Dose 7 ⁰⁰	Sülzwurst Pfd. 16 ⁵⁰	Margarine amerl., 1/2 Pfd. 10 ⁵⁰
Luncheon amerik. Wurstmasse Dose 6 ⁷⁵	Bauernmehl Pfd. 19 ⁵⁰	Schmalz amerikanisches, Pfd. 24 ⁷⁵

Qualitäts-Apfelwein
1/2 Flasche 5⁰⁰ 10 Flaschen 47⁵⁰

Billige Tabake
Feiner Portoriko-Tabak solange Vorrat reicht! 1-Pfund-Paket 19⁵⁰
Feinster Maryland-Tabak aus besten Tabaken hergestellt, feines, mildes Aroma 1/2-Pfund-Paket 14⁵⁰

Roter Johannisbeerwein
vorzüglich 1/2 Flasche 10⁵⁰ 10 Flaschen 100⁰⁰

1918er Montagna-Rotwein
1/2 Flasche 10⁵⁰ 10 Flaschen 100⁰⁰

1919er Chateau Fronsac
Bordeaux, 1/2 Flasche 20⁰⁰

Oesterreich. Süsswein
1/2 Liter-Flasche 18⁵⁰ 5 Flaschen 90⁰⁰

Insel Samos
1/2 Liter-Flasche 18⁵⁰ 5 Flaschen 90⁰⁰

Cherry-Brandy u. Stonsdorfer
Spez. Flg., 1/2 Flasche 29⁰⁰ 1/2 Flasche 56⁰⁰

1919er Oberh. Maikammerer
1/2 Flasche 12⁵⁰ 10 Flaschen 120⁰⁰

Preise einschliesslich Flasche. Auf Weine 20% Steuerzuschlag.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Kapitän Grasshops' Bekehrung

Neues Volkstheater
Spendenstr. 66.
7 1/2 Uhr: Die Wildente

Staatstheater
Oberhaus
8 Uhr: Tannhäuser

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Koenigskammerpiele

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2 Uhr: Die Räuber

Königsgröber Str.
Wahnenstr. 7, 30 Uhr:
Manon Lescaut

Romödienhaus:
Täglich 7, 30 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue

Berliner Theater:
Täglich 7, 30 Uhr:
Prinzessin Olala

Edith Maffray o. G.
Walp. Arthur Roberts,
Pepi Kampa, Herb. Krüper

Wagner-Theater
Täglich 7, 30 Uhr:
Nixchen

Theater am Nollendorfplatz
Der Better aus Dingsda

Walhalla-Theater
8 Uhr: Die Gdinen von Corneville

Romische Oper
7 1/2, 9, 10, 11 Uhr:
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

TRIANGON-THEATER
Täglich 8 Uhr:
Mein Freund Toddy
Sonntag 4 U.: Meine Veris
Die Freundin

RESIDENZ-THEATER
1/2, 8 Uhr: Der König in Paris
Sonntag, 4 U.: Kleine W.
Cochen Humbrecht

KLEINES THEATER
1/2, 8 Uhr: Corola Zeville in
fr. Jaetta - meine Frau
Sonntag, 4 U.: Kleine W.
Cafanoso Sohn

Theater des Offens
7 1/2 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute

Casino-Theater
7 1/2, 9, 10, 11 Uhr:
Ezzellenz Mäze

Theater a. Köttbus, Tor
Tel.: 0141 16077
Täglich 7 1/2, 9, 10, 11 Uhr:
Ella Sänger

Apollontheater 81.
Friedrichstraße 210
Unter persönlicher
Leitung des Komponisten
PAUL LINCKE
Wahlungsopere

METROPOL
Königsplatz 34.
8 Uhr:
Der unheimliche
Oktober-Spielplan

Kultur-Lichtbildbühne

Aus Natur und Wissenschaft

2. Abend

Mozartsaal-Lichtspiele am Nollendorf-Platz
3 Vorstellungen: 5, 6 1/2, 8 1/2 Uhr

Ermässigte Preise / Jugendliche haben Zutritt

URAUFFÜHRUNG
Freitag, den 28. Oktober 1921, abends 8 Uhr

Unterwelt des Seelenlebens

Filmfolge:
Menschliche Hypnose im Experiment / Tierische Hypnose im Experiment / Abnorme Seelenzustände

1. Teil: Mimik bei typischen Affektlagen Geisteskranker
2. Teil: Gaus und Mimik eines Schizophrenen
3. Teil: Ein Fall von Feminismus mit transvestitischen Neigungen

Philharmonie, Oberlicht-Saal, Bülowstr. Neue Welt, Hasenheide
Vortrag: Dr. Paneth Dr. N. Kaufmann Dr. K. Ollendorff

Karten: Vorverkauf bei Wertheim, Theaterkasse, Bote & Bock, Musikalienhandlung, E. Bading, Neuhöfen, Bergstraße 43 und an der Abendkasse

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Ortsverwaltung Berlin

Am Freitag, den 28. Oktober 1921, abends 6 Uhr
im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24-25

General-Versammlung

Tagesordnung:

- Bericht vom 3. Quartal
- a) Geschäftsbericht
b) Kassenbericht
c) Bericht der Revisoren
- Entwurf auf Änderung des Ortsstatuts
- Wahl der unbesetzten Mitglieder der Ortsverwaltung
- Verbandsangelegenheiten

Zutritt zur Generalversammlung haben nur die neuernannten Vertreter, unter Vorweisung ihrer Delegiertenkarte und des Mitgliedsbuches. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Die Ortsverwaltung.

Alhambra
Varieté
am Moritzplatz
Celly de Rhasell
u. s. Klavierprogramm.
Volkspreise

Circus Busch
Täglich 7, 9, 11 Uhr

Eisenkönig Breitbart
nimmt die
Heranforderung
an!
Die Circus-
Sensationen
Sperndt, demben.

Geöffnet 9-7

Auf Zeitschriftung Anzüge
Cutaways, Jacket, Schüßler, Raglans, Harbarbeit, mod. Jacket, Beau, Jacket, Westmahl.
Leiter Gottlieb
Nollendorfstr. 22 a
(H. Hänge (H. Hänge) Str. 1)
Sonntags 9-1

Freiwerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale
für Dornum - Eisenfeld und Umgebung

Für die Errichtung unserer Betriebsräte-Zentrale wird für sofort ein **Sekretär**

erwünscht. Bedingung für die Krählung ist mindestens 5jährige Betriebszugehörigkeit zu einer der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder dem Verband ungeschlossener Organisation. Die Kriegszeit wird bei Bemessung der Betriebszugehörigkeit nicht gerechnet.

Kandidat wird nur auf eine erste Inst. gewählt. Offerten sind bis spätestens zum 12. Nov. mit der Aufschrift: "Bewerbung" an den Betriebs-Sekretär Alfred Lehmann in Dornum, Allee 227, einzuschicken.

Schreibmaschinen-Mechaniker

für alle Systeme stellen gegen tarifmäßigen Lohn ein

Schüler & Claus
Kleppstr. 10

Säle frei! f. Festlichkeiten u. Versammlg. zu billig. Preisen
Kellershölle, Kopenstr. 20
Inhaber: Gustav Samotki

Parteigenosse
gebildeter Kaufmann, Mitte 30 er, wünscht sich

mit 100 - 200 Mille an gutgehendem Unternehmen tätig zu betätigen

Offerten unter „A 99“ Haupt-Expedition dieses Blattes, Berlin 4, Breite Straße 8-9

Achtung!
Händler u. Wiederverkäufer! Kammen und Kerzen!
Tafel-Schokolade, 100, 25 u. 50 g, Streifen, Gitter, herweilen, Marzipan, Stangen, Bonbons, etc.
ab Fabrik, G. Freund & Co., 21. 37, Schwedter Str. 258 (Höf., Schönb. Tor)

Wolldecken als Schutz u. Winterbedien, sowie Selbstentfalten für Mantel u. Joppen zu 40 u. 55 Pfd. mit rein. Wollhaare von 50 - 125 Pfd.

Lederwesten

„Agila“ Ausrüstungsgesellschaft für Industrie, Landwirtschaftsbedarf m. h. H. Berlin C 19, Petzstr. 1-2, Ecke Vertrauensstr. Verkaufszeit von 5 bis 4 Uhr

Tüchtige Telephonistinnen

Jedoch nur solche, die längere Zeit in selbstständigen Stellungen in großen Kaufmännischen Betrieben tätig waren, sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1-2

Tüchtige Verkäuferinnen
für
Kleiderstoffe
Möbelstoffe
Gardinen
Trikotagen
Strumpfwaren
Wollwaren
sofort gesucht

Meldungen: 12-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1/2

Dr. med. Karl Reinhardt's Spezialärztl.
Institut
Potsdamer Straße 117, a. d. Lützowstr.

Glanzende Erfolge durch unser bewährtes Heilverfahren bei allen Geschlechtskrankheiten, Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche

Schnelle sichere Behandlung ohne Beschädigung, Schmerzlose Salvarsan-Kuren, Harn- und Blutuntersuchung, Auskult und Beratung kostenlos. Zweite Heilweise.

Warnung
vor minderwertigen oder schädlichen Heilmitteln
Op. 1, 12-3 u. 5-8. Sonnt. 11-1.

Botenfrauen sofort gesucht

Expedition Grentlich
Marienfelde, Kirchstr. 27

Expedition Wengels
D., Cadiner Straße 11

Tour: Liebigstraße Rigaer Straße

Expedition Döring
Steinmehstraße 23

Expedition Fritz Gleichke
Pankstr. 60

M 378



ULLSTEIN-SCHNITTMUSTER
in allen
Jandorf schen
Geschäften

Strauchritter und Freibeuter

Das Lesebedürfnis des hauptstädtischen Publikums wird durch die politische Presse nicht erschöpft. Der brave Bürger, der nach außen so streng moralisch ist, die biedere Hausfrau, die angeblich von den „unanständigen“ Dingen nichts wissen will, sind doch nicht so ganz abgeneigt, auch einmal in diese Niederungen hinabzutauchen. Tatsache ist jedenfalls, daß in Berlin ein halbes Dutzend Skandalblätter erscheint, die eben nicht erscheinen könnten, wenn sie keine Leser finden würden.

Da nun einmal alle geschlechtlichen Dinge für den modernen Menschen ein Stoff heimlicher Mysterien sind, spekulieren diese Zeitungen richtig, wenn sie mit „legueller Aufklärung“ zu reizen versuchen. Das Geschäft liegt dabei nicht nur in den Artikeln, die gebracht werden, sondern noch mehr in denjenigen, die im Papierkorb verschwinden.

Die üblen Existenzen, die diese Art Blätter redigieren, sind mit allen Händen gehegte Burschen, die nicht nur mit dem Gift der Verleumdung, sondern auch mit dem Dolch des Erpressers arbeiten. Es gibt genügend Menschen, die das Licht der Öffentlichkeit, auch wenn es nur jenes Halbdunkel der Ständepresse ist, scheuen und gerne einen größeren Betrag erlegen, um die sie betreffenden Mitteilungen zu kaufen. Es ist wahr, manche dieser Angaben sind zutreffend, und es wäre nur gut, wenn den verschiedenen Kupplerinnen, Juchstern, Spielclubs oder wie diese Blüten der Großstadt alle heißen, das Handwerk gelegt würde. Aber den Vertrieb derartiger Geschichten an ein lusternes Publikum wird man beim besten Willen nur als eine schmierige Spekulation bezeichnen können.

In einem Prozeß, der am Mittwoch vor der Strafkammer des Landgerichts II stattfand, kamen einige erbauliche Praktiken aus dieser Welt ans Tageslicht. Angeklagt war der Herausgeber des Schmutzblattes „Neueste Nachrichten“ Arthur Keil, ein ehrenwerter Journalist mit einer hübschen Kette von Vorstrafen, darunter Juchthaus.

Es handelte sich um einen Artikel, der dem Angeklagten Keil von einem Reichswachtrossifizier übergeben sein soll und der eine Dame zweifelhaften Kalibers der Kuppellei beschuldigte. Auf die anzügliche Frage des Verteidigers, wovon sie lebe, gab diese Zeugin die klaffende Antwort: „Ich bin verlobt.“ Dem Angeklagten, der übrigens in der ersten Instanz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt ist, konnte der Versuch einer Erpressung nicht nachgewiesen werden, und der Prozeß verfiel der Verlagerung.

Aber es kommt ja gar nicht auf diesen einzelnen Tatbestand an. Der ganze Sumpf, der bei dieser Gelegenheit aufgeführt wurde, liegt in den allgemeinen Verhältnissen zu Unsauberkeiten verleiht, weil es sich nur streng unter Ausschluß der Öffentlichkeit abspielen darf. Man erfährt, daß die Berliner Kupplerinnen sich organisiert haben, um gegen die Ständepresse zu kämpfen. Dieser erbauliche Kampf der geistesverwandten schönen Seelen spricht Bände. H. E. K.

Erfinderlos

Ältere Berliner erinnern sich vielleicht noch des Namens Ganswindt, der einmal in aller Munde war. Damals, als das Flugwesen noch wenig mehr als eine Illusion war, machte Ganswindt viel beiprochene Versuche auf einer eigenen Flugplatzanlage, die allerdings zu keinem wirklichen Erfolge führten. Aber es ist doch Tatsache, daß er schon in den achtziger Jahren gewisse richtige Gedanken verfolgte, und wenn man die Zeichnungen und Bilder seiner damaligen Apparate ansieht, fällt einem manche Ähnlichkeit mit unseren heutigen Flugzeugen auf. Ganswindt hat sein ganzes Vermögen für seine Experimente ausgegeben und sich in Hoffnungen gewiegt, seine Maschine an die Regierung verkaufen zu können.

Heute lebt der 66 Jahre alte Mann mit seinen 15 Kindern, von denen noch 8 unmündig sind, im äußersten Elend und soll jetzt sogar aus seiner Wohnung gemietet werden. Wenn man sich bei ihm umsieht, kann man sich eines Gefühls der Scham für die bürgerliche Gesellschaft nicht erwehren. An den Wänden hängen die Bilder seiner Apparate, die einmal eine Sensation waren, sogar eine Büste des Erfinders ist vorhanden. Sonst hat er nicht viel Dank und Anerkennung erfahren, und sein ganzes derzeitiges Monatseinkommen beläuft sich auf 125 Mark.

Ganswindt führt seit Jahren eine Anzahl von Projekten; es ist ihm aber nie gelungen, einen Erfolg zu erzielen. Im Jahre 1918

erhielt er vom Herrenhaus auf eine Petition 5000 Mark, alle weiteren Gesuche sind abgelehnt. Er führt jetzt einen Prozeß gegen den Reichstag, in dem er seine Auslagen wieder verlangt und sich auf Verprechungen des früheren Generalstabschefs Graf Schlieffen beruft.

Man sollte meinen, es kommt weder auf den Inhalt des Prozesses an, noch auf die Tatsache, ob heute noch irgend etwas von den Erfindungen Ganswindts brauchbar ist. Hier ist ein Mann, der sein Leben für den menschlichen Fortschritt zugrunde gerichtet hat, und schon aus Billigkeitsgründen sollte man ihm eine Entschädigung nicht verweigern.

Das Flugwesen hat seine rasche Entwicklung nur nehmen können, weil sich Erfindung auf Erfindung aufbaute und jede Weiterarbeit aus den Fehlern der vorhergegangenen lernte. Es wäre nur richtig, wenn die Fabriken, die mit ihren Flugmaschinen Millionen und Milliarden verdienen, sich auch Ganswindts erinnern würden.

Unsozialer Geist bei der Landesversicherung

In dem letzten Jahr wurden wir eine Unmenge von Beschwerden über die Landesversicherungsanstalt entgegennehmen. Oftmals mußten die sich auch dort sehr fühlbar machenden Mängel herhalten, um die Maßnahmen zu entschuldigen, obwohl diese Maßnahmen oder besser Unterlassungen oftmals so weit gingen, daß damit überhaupt der Zweck in Frage gestellt war. Besonders viele Beschwerden kamen von den Inassen von Heilstätten an. Die meisten betrafen die schlechte Beschäftigung. Aber auch sonst sind erhebliche Verschlechterungen eingetreten, die aber jetzt nach der erheblichen Erhöhung der Beiträge schleunigst beseitigt werden müssen. Dabei muß unter allen Umständen auch der Forderung der Patienten nach Gewährung von Kleider- und Reparaturgeldern für die kurzzeitige Rechnung getragen werden. Diesem Verlangen ist, wie nachdrücklich die Zuschrift von Patienten der Berliner Landesversicherungsanstalt, die nach Pipp Springs zur Kur geschickt wurden, zeigt, nicht entsprochen worden.

Die Patienten schreiben: In mehrmaligen Schreiben ersuchten wir die Landesversicherung um Bewilligung von Kleider- und Reparaturgeld, was abgelehnt wurde, weil die Landesversicherung zur Zahlung angeblich nicht gesetzlich verpflichtet sei. In Beechtung des für die Zeit des dortigen Aufenthalts vollständige Ausrüstung in Kleidern und Wäsche. Die Landesversicherung der Brandenburg zahlte in Heilstätten, wo die Kranken auf eigene Kleidung angewiesen waren, Kleider- und Reparaturgeld. Was früher nötig war, ist heute doppelt nötig. In dem teuren Badeort Pipp Springs ist ein besonders hohes Entschädigungsgeld geboten.

Sollen unsere Familien in Berlin von ihrem kargen Hausgeld auch noch die in Pipp Springs nötigen Ausgaben bestreiten? Oder glaubt man, daß wir, die wir zum Teil schon lange vor der Kur krank oder arbeitslos waren, Ersparnisse besitzen? Wir brauchen wohl die Folgen nicht schildern, die eine Verweigerung von Reparaturgeld für uns Kranke hier und später zu Hause hat.

Die Tätigkeit der städt. Ueberwachungsabteilung

Die Aufgabe der Ueberwachungsabteilung ist der wirksame Schutz des städtischen Eigentums, Aufklärung aller dagegen gerichteten Vergehen und die Sorge für die Entfernung der Schuldigen aus städtischen Diensten. Die Ueberwachungsabteilung ist also nicht nur mit der Bewahrung, sondern auch in hervorragendem Maße mit Ermittlungstätigkeiten betraut.

Vom 1. April bis zum 30. September liefen bei der Ueberwachungsabteilung 574 Meldungen ein; 290 erfolgten durch andere Dienststellen und 284 durch Beamte der Ueberwachungsabteilung. 399 Fälle betrafen Diebstähle, 32 Unterschlagungen und 173 sonstige Vergehen. Hieran waren beteiligt 497 Personen, davon in städtischen Diensten 114. 74 Personen kamen zur strafblosen Entlassung, gegen 13 wurde Strafanzeige erstattet. Außerdem wurden 61 Strafanzeigen gegen nicht bei der Stadt beschäftigte Personen veranlaßt. Hierbei ist aber zu bemerken, daß von den 574 Meldungen bei 327 die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Bei den Verfehlungen handelt es sich nicht nur um kleine, sondern auch um große Sachen. So wurde festgestellt, daß in Lichterfelde seit 1917 bis Mai 1921 1.260.000 Postkarten, 250.000 Kaffeebrotmarken und eine große Anzahl Zuckerkarten mehr angefordert wurden. Der Gewinn, den der Dieb und die Diebin erzielt haben, beläuft sich auf über 5 Millionen Mark. Die Verhandlung, zu der sechs Sachverständige, 30 Beamte und Angestellte geladen sind, findet voraussichtlich vom 10. bis 20. November statt. In einem anderen Falle, der auch in die Kriegszeit fällt, handelt es sich um 168 Waggons angeblich veräußertes Kartoftelein, die an die Kraftfutterwerke in Seefeld verkauft wurden und zwar für 1 Mark pro Zentner frei Seegefeld. Von hier wurden sie für 6 bis 15

Mark pro Zentner weiterverkauft und gingen somit der Berliner Bevölkerung verloren. Das Gericht wird auch diese Angelegenheit aufzuklären haben.

Weiter gelang es, eine große Anzahl von Verfehlungen aufzudecken, durch die die Allgemeinheit in erheblichem Maße geschädigt worden ist.

Auch für das Landesfinanzamt ist die Ueberwachungsabteilung bis zum 30. September mit Steuerermittelungen beschäftigt gewesen. In neun Monaten ist hierdurch ein Mehrbetrag an Reichsteuern von circa 7 Millionen Mark zu verzeichnen. Diese Tätigkeit ist am 1. Oktober jedoch eingestellt.

Diese Darstellung soll einen Einblick in die Organisation und Tätigkeit der Ueberwachungsabteilung geben. So bedauerlich die Vorkommnisse auch sein mögen, bei einer so großen Verwaltung werden sie kaum zu vermeiden sein. Der Magistrat ist bestrebt, durch zweckdienliche Reorganisation und scharfe Kontrollmaßnahmen diese Mängel auf ein Minimum herabzudrücken. Die übergroße Mehrheit der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter wird ihn darin unterstützen. Die Ueberwachungsabteilung hat sich aber als ein notwendiges Mittel bewiesen, um diesen Zweck zu erreichen.

Betrügerische Maßnahmen beim Brotverkauf

Die Preisprüfungsstelle Berlin hat durch Revisionen festgestellt, daß eine große Anzahl von Bäckern entgegen der Magistratsverordnung vom 4. August 1921, die einen Preis von 45 Pfg. für hundert Gramm an Marken abgebendes Kleingebäck vorschreibt, Schrippen zum Verkauf stellt, welche nicht das vorgeschriebene Gewicht haben. Ebenso hat die Preisprüfungsstelle auch festgestellt, daß das ebenfalls auf Marken zum Preise von 7,10 Mark abzugebende Großbrot häufig nicht das vorgeschriebene Gewicht von 1600 Gramm hat. Derartige Zuwiderhandlungen sind nicht nur nach der Magistratsverordnung, sondern auch nach der Preisstrebereverordnung strafbar.

Es ist daher seitens der Preisprüfungsstelle bereits gegen eine Anzahl von Bäckern Strafanzeige erstattet worden, und die Preisprüfungsstelle wird auch weiterhin bei derartigen Verfehlungen Strafanzeige erstatten, so daß die Bäckereien im öffentlichen Interesse gut daran tun werden, sich streng an die bestehende Vorschrift zu halten. Beschwerden in dieser Beziehung werden vom Magistrat Abteilung für Brotverforgung und von der Preisprüfungsstelle entgegengenommen.

Den besten Schutz gegen solche betrügerischen Maßnahmen bietet der Einkauf in der Konsumgenossenschaft. Dort wird nicht nur das volle Gewicht geliefert, sondern auch das Brot in besonders guter Qualität durch die eigene Großbäckerei hergestellt.

Erhöhung der Hebammengebühren

Der Vorstand des Großberliner Hebammenbundes hat in einer am 20. d. M. tagenden Sitzung folgende Gebührensätze beschlossen: 1. Für den Bestand einer regelmäßigen und bei einer frühzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 120 bis 500 Mark. Für jede folgende Stunde 15 bis 35 Mark. 2. Für den Bestand bei einer regelwidrigen und Zwillinggeburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 180 bis 700 Mark, für jede folgende Stunde 20 bis 50 Mark. 3. Bei einer Entbindung, zu der ein Arzt zugezogen wird, erhöht sich die Gebühr zu 1. und 2. um 40 bis 100 Mark. 4. Für den Bestand bei einer früh- oder unzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 150 bis 300 Mark, für jede folgende Stunde 15 bis 35 Mark. 5. Für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch nebst der mit diesem zusammenhängenden Berichterstattung für jede angefallene Stunde 15 bis 35 Mark, für Besuche des Nachts 30 bis 75 Mark. 6. Für sonstige Besuche vor und nach der Geburt einschließlich der erforderlichen Verrichtungen 20 bis 60 Mark, bei Nacht das Doppelte. 7. Für eine Tageswache 120 bis 350 Mark, für eine Nachtwache 150 bis 450 Mark, für eine Tag- und Nachtwache 400 bis 800 Mark. 8. Für Raterteilung und Unterstutzung in der Wohnung der Hebamme 15 bis 30 Mark, bei Nacht das Doppelte. 9. Für ein schriftliches Zeugnis 20 bis 40 Mark. 10. Für Wäsche bei Operationen 100 bis 200 Mark. Diese Gebühren treten mit dem 1. November d. J. in Kraft.

Schlichtungskommission für Hausangestellte

Nach Genehmigung des Ortsstatuts über die Zusammenlegung der Deputation für Arbeit und Gewerbe ist nunmehr die vom Demobilisierungsausschuß Groß-Berlin seinerzeit getroffene Schlichtungseinrichtung für Hausangestellte eine rein städtische Veranstaltung geworden. Danach kommen für Hausangestellte nur noch in Frage die in den Bezirken eingerichteten Schlichtungskommissionen und als zweite Instanz die Beschwerdelkommission für Hausangestellte, welche alle zwei Wochen Donnerstags nachmittags

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Harp

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(A. Fortsetzung.)

Reals Augen lächelten hinter dem Kneifer. Bloquet war verstimmt.

„Auf diese Art haben sich also die Dummköpfe, die dem Bunde beigetreten sind, direkt in die Höhle des Wolfes gewagt.“

Ein verlegenes Schweigen folgte. Wie ein Wollenschafien über eine sonnige Gegend, so senkte sich das Gefühl einer Blamage über die Tischgenossen. Herr Bloquet war nämlich seit allem Anfang eins der führenden Mitglieder und einer der hitzigsten Apostel dieser Patriotensliga.

In seinem Aerger begann er schweigend mit solcher Energie zu kauen, daß sich Nase und Kinn zu vereinigen schienen.

Coigny, der von alledem nichts merkte, berichtete von einigen anderen Zügen der Treulosigkeit und Kriecherei bei den Deutschen.

„Nichts vermag diese Leute zu beirren! Wissen Sie, daß vierundzwanzig Stunden vor der Räumung von Lille ein deutscher Kaufmann den Einwohnern französische Fahnen für die Beflaggung am nächsten Tage verkauft hat? Und man hat mir die Abschrift des folgenden Telegramms an einen Kaufmann in Mex aus Berlin vom 12. November gezeigt: Wir halten fünfzig Platten der Marschallseife, gesungen von Fräulein Chenal von der Oper, zu Ihrer gefälligen Verfügung.“

Frau Réal war durch diese Unterhaltung sichtlich angegeregt und ließ ihrer Empörung über so viel Lumperei, Geschmach- und Schamlosigkeit freien Lauf, während ihr Gatte, der sich eben eine Zigarre anzündete, sein Streichholz vorwies und folgendes ausführte:

„Das Bezeichnendste ist doch dies: Im Jahre 1830, auf der Hochschule zu Dole, zeigte ein Professor, wie man eine Verbindung gewisser Elemente durch Hammerschläge zur Entladung bringt. Ein mißbegieriger Schüler versuchte, diese Mischung entzündlich zu machen. Es gelang ihm, sich Phosphor zu verschaffen, und so erfand er das Streichholz, das durch Reibung die Flamme erzeugt. Der junge Mann fand

aber weder bei seiner Familie noch bei seinen Bekannten die paar tausend Franken, die nötig waren, um seine Erfindung auszunutzen. Traurig sprach er eines Tages mit einem deutschen reisenden Kaufmann über die Angelegenheit. Nach zwei Jahren hatte man auf der ganzen Welt deutsche chemische Streichhölzer in Gebrauch.“

„Da habi ihr diese Gauner!“ freischte Herr Bloquet.

„Was aber nicht hindert,“ lachte Réal, dem es bisweilen Spaß machte, seinen Schwiegervater zu necken, „daß wir ohne die Bodys heute noch mit Stahl und Stein Feuer schlagen würden.“

Es klingelte. Das Gespräch stockte, und in dem feindseligen Schweigen gegen den Unbekannten, der den Nachtschiff zu hören kam, hörte man Réal brummen:

„Wer ist das Ekel, das...“

Es war Maxime Dupont! Die Stimmung entspannte sich. Dupont! Reals Jugendfreund, sein lieber alter Maxime!

„Lassen Sie den Herrn schleunigst eintreten. Bringen Sie noch eine Tasse. Und die Schnäpse hierher...“

Maxime Dupont war ein kräftiger Bursche mit braunem Haar, gelblicher Haut und stattlich jugendlichem Aussehen. Er war Sportsmann und wußte sich schlant und elastisch zu erhalten, wie ein Sergeant von der Jägertruppe. Auf seinem glatten Gesicht mit dem gedrehten Schnurbärtchen hatten weder Skrupel noch Zweifel ihre Spuren hinterlassen. Seine Augen lachten vor Lebenslust. Er war ein guter Junge, immer bereit zu Begeisterung wie zur Nührung, ein Liebling der Frauen, die er mit den verliebten Augen des erfahrenen Kenners zu mustern verstand, lustig, schwachhaft, Freund eines guten Wissens, ein Lebenskünstler. Während des Krieges hatte er, wie alle die entschloffenen Leute, die sich gegen die Ueberfälle der Mitbewohner durchzusetzen wußten, nach kurzem Aufenthalt an der Front, die Einberufung nach Paris erreicht. Mit Hilfe besonderer wirtschaftlicher Aufträge hatte er sich nützliche Verbindungen geschaffen. Nunmehr betätigte er sich in der Industrie.

Er nahm, von allen warmstens begrüßt, seinen Platz ein. Man reichte ihm ein Gläschen Armagnac, das er sachkundig in der Hand wärmte, bevor er davon kostete.

Das Gespräch erneuerte sich, wurde aber sprunghaft. Dupont beglückwünschte Réal zu seinem neuen Roman.

„Großartig, Alerchen, er liegt in allen Schaulustern. Man spricht viel von ihm. Es ist ein wirklicher Erfolg...“

Du erinnerst dich, Jacques, als du deine erste Dichtung in der „Primavera“ erscheinen siehst, der kleinen Revue, in deren Verlag ich sah...“

„Ja, ja, es sind fünfundsiebenzig Jahre...“

Maxime glaubte, eine getränkte Miene annehmen zu sollen:

„Vielen Dank, alter Freund.“

Aber er fuhr beäufstigt fort:

„Der alte Maxime, unser Professor der Rhetorik, hat dir eine schöne Laufbahn vorausgesagt. Er hat sich als weit-sichtig erwiesen.“

„Obgleich er verteuertest kurzfristig war. Erinnerst du dich, Maxime, wie du mit offenem Regenschirm mitten im Riesenzimmer herumspazierst, ohne daß er es bemerkte?“

So vertieften sie sich in ihre Jugenderinnerungen, bis Maxime Dupont nach einem Blick auf seine Armbanduhr ausrief:

„Donnerwetter! Und meine Verabredungen! Teure Freunde, ich wollte euch nur rosch guten Tag sagen — ich muß fort. Auf baldiges Wiedersehen. Freitag bin ich bei Malapieds zum Diner. Ihr auch?“

„Ach,“ röhnte Réal, „mir ahnt, daß ich an diesem Abend krank sein werde. Die neuen Reichen öden mich an.“

Frau Réal erhob Einspruch:

„Aber, lieber Freund, wir müssen hingehen, wir haben angenommen.“

Dupont nahm die Miene des Sachverständigen an:

„Man ist dort gut.“

Frau Réal beharrte:

„Und du triffst dort Gaston Capin. Du weißt hoffent-lich, was das zu bedeuten hat.“

„Ach ja, er begriff! der Akademiker Gaston Capin! Eine Stimme, die zu gewinnen war! Sollte man wirklich solchen Salon-Ganswürten den Hof machen, die dafür die Palmen tragen, daß sie nie andere als Alterwestsideen hatten, Fratzengebarden, uniformiert, klein und blaß, wie aufmarschierende Waisenkinder?“

Beim Abschied küßte Dupont die wohlgepolsterte Hand der Frau Réal, die sich auf solche Höflichkeit nicht wenig zugute tat.

„Also Freitag?“ fragte er nochmals.

„Freitag“, seufzte Réal.

(Fortsetzung folgt.)

3 Uhr im Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Stadtrats Wöhlring und unter Teilnahme von je zwei Beisitzern aus dem Kreise der Hausfrauen und Hausangestellten tagt.

Folgen des übermäßigen Alkoholgenußes

Auf die traurigen und fürchterlichen Folgen des sinnlosen Alkoholgenußes, welche besonders in der letzten Zeit häufig in Erscheinung traten, ist sehr oft in der Presse hingewiesen worden. Leider treffen die Auswirkungen in vielen Fällen solche Personen, welche nicht betrunken sind und sich bemühen, Begegnungen zu helfen oder beruhigend auf dieselben einzuwirken.

Ein solcher besonders bedauernder Fall ereignete sich in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober d. J. am Bahnhof Stralau-Kummelsburg. Der Arbeiter Gustav Sydow, Berlin-Lichtenberg wohnhaft, kam um 11 Uhr 49 Min. auf dem betreffenden Bahnhof an. Ein stark angetrunkenen Freund gebärdete sich ziemlich unfällig und machte sich unangenehm bemerkbar. Sydow, welcher kein Freund von solch lärmenden Szenen war, versuchte den Betrunkenen zu beruhigen. Wie so oft bei solchen Vorkommnissen wurde derselbe ungebärdig und stieß den Sydow angeblich unabsichtlich vor die Brust. Letzterer kam zu Fall und fiel unglücklich weiche unter den fahrenden Zug und wurde sofort getötet. Unüberlegtheit und mangelnde Energie des einzelnen, welcher nicht Herr seiner selbst ist, um den übermäßigen Alkoholgenuß zu unterlassen, sowohl als auch das verbrecherische Vergnügen von leider gewissenlosen Kollegen, einem anderen einen ordentlichen Kausch zu verschaffen, sind Ursache für solch traurigen Vorkommnissen. Es ist endlich einmal an der Zeit, daß in Arbeiterkreisen darauf gesehen wird, daß solche Saufereien unterbleiben und ein jeder seine Freizeit zu wichtigerem Nachdenken und zur Weiterbildung benutzet.

Die Reppfongerne

Die verachteten Reppfongerne machen nach wie vor den Berliner Staatsanwälten und Gerichten enorme Arbeit, da die Zahl der Geschädigten in die Hunderttausende geht. Täglich finden Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter statt, um festzustellen, wo die verschwundenen Millionenverträge geblieben sind. Während bisher die Anträge auf Haftentlassung ständig abgelehnt wurden, ist jetzt auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Julius Wegerl der Konzerninhaber Koal, über dessen Verhaftung seinerzeit berichtet wurde, aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da die bisherigen Ermittlungen keinen Anhalt dafür geben konnten, daß die auch in diesem Betriebe fehlenden Millionen von Koal in eigenem Nutzen verwandt worden sind. Die erste Verhandlung gegen Reppfongerne wegen Betruges steht am 8. November und folgenden Tagen vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I an. Es handelt sich um die Inhaber des Reppfongerns Biedermann. Für die Verhandlung ist eine Woche in Aussicht genommen, da Biedermann den Beweis antritt, daß er 5 Millionen Mark durch unglückliche Wettoperationen auf der Rennbahn verloren hat.

Erhöhung der Brotzinsen. Angehts der gegenwärtigen Kartoffelknappheit ist der Magistrat dem Beschluß der Ernährungsdeputation auf vorübergehende Erhöhung der Brot- und Mehlzinsen beigetreten. Der Preis des neuen Großbrotes von 2000 Gramm beträgt, entsprechend dem Preis des bisherigen Großbrotes von 1900 Gramm, 7,65 Mark. Die Einzelheiten der Preisregelung werden durch Verordnung bekanntgegeben werden.

Aushebung von Verbrechern, Spiel- und Reppflokale. Die Streikmännlichkeit der Berliner Kriminalpolizei hat in der vergangenen Nacht wieder eine ganze Reihe von Lokalen ausgehoben und dabei viele geluchte Personen dingfest gemacht. Zunächst galt es mehreren als Verdächtiger bekannten Lokalen in den verschiedensten Stadtteilen. In diesen wurden allein 20 Personen angetroffen, die von den verschiedensten Strafbehörden festgenommen wurden, während die Beamten der Stettinpolizei eine große Anzahl Mädchen antrafen, die sich der Kontrolle entzogen hatten. In der Hasanenstraße stellten die Beamten einem Nachtlokal einen Beschlus ab, in dem Nachtzins vorgeführt wurden. Es wurde geschlossen und die etwa 30 anwesenden Personen festgesetzt. Dabei stellte sich heraus, daß unter ihnen nur ein richtiger Gast war, alle anderen Personen waren die Repper, Kellner, Schieber, Dirnen usw. Der letzte Besuch galt einem Spielklub, der in der Neuen Friedrichstraße 87 im ersten Stock bei Heidemann tagte. Dort hatte sich eine üble Gesellschaft von ungefähr 100 Personen zusammengesunden, von denen viele, als die Beamten unerwartet einfielen, ihre Waffen, Pistolen, Schlagringe usw. fortwarfen. Sämtliche Spielgeräte wurden hier beschlagnahmt und alle anwesenden Männer und Frauen festgesetzt.

Erhöhung der Drohstofftarife. Der Magistrat hat zugestimmt, daß die Fahrpreise der Kraftfahrzeuge — Benzin- und Elektroautos — auf das Fünftache der Taxe 3 erhöht werden. — Der Magistrat hat der Erhöhung der Fahrpreise bei den Fernverkehrsleistungen von der fünffachen auf die siebenfache Taxe zugestimmt.

Volkshochschule Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 27. Oktober, beginnt der Kursus Schottmüller: Italienische Gemälde der Blütezeit, Charlottenburg, Schillerstr. 26, 8 1/2 Uhr. — Am Freitag, den 28. Oktober, beginnen folgende Kurse: Brühl: Das Meer als Nahrungsquelle für den Menschen, Georgenstr. 34-36, 7 Uhr. — Leubuscher: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Friedenau, Gymnasium am Maybachplatz, 8 Uhr. Hörerkarten an den bekannten Verkaufsstellen und an den Lehrstätten.

Gewerkschaftliches

Zum Streit im Gastwirtsgewerbe Schleichende Streikbrecher — untätige Schupo

Während die Unternehmer im Gastwirtsgewerbe andauernd ihre Verhandlungsbereitschaft von der Einstellung von „Gewaltakten“ seitens der Streikenden abhängig machen, treten um so frecher und brutaler die Streikbrecher von einzelnen Lokalen auf, die merkwürdig genug, alle bewaffnet sind. Ob hier bewachte Verabredung vorliegt, die Ausständigen zu helfen, damit man mit obigem Argument wieder die Verhandlungen abbrechen kann, wollen und können wir einstweilen nicht behaupten. Dieser Schluß wäre jedoch naheliegend und nicht von der Hand zu weisen.

In den letzten Tagen bekamen wir eine Fülle von authentischen Tatsachen, nach welchen Streikbrecher lebensgefährliche Terrorakte begehen. Vor dem Hotel Continental, dem der Oberscharmacher Günther-Klitz vorsteht, zogen Dienstag morgens um 7 Uhr zwei Streikbrecher ihre Armeepistolen hervor und schossen auf die Streikposten, die sich jedes Angriffs enthielten und nur versuchten, mit den Leuten zu reden. Die Schupo lehnte das Verlangen der Streikposten, die Schleichwütigen festzustellen, ab. Bei diesen Vorfällen machen sich auch sogenannte Kriminalbeamte zu schaffen, die „zufällig“ immer vorbeikommen, sich mit einer Art Hundemarke beim Schupomann ausweisen, einen solchen Schleichwütigen übernehmen und mit ihm spurlos verschwinden. Verschiedene solcher Fälle wurden uns bereits gemeldet. Seit wann werden Söldner auf offener Straße einfach an Kriminalbeamte ominöser Herkunft abgegeben und den Interessenten die Möglichkeit genommen, die Feststellung solcher Leute zu erfahren?

Das sind ja reizende Weisheiten bei der Schupo! In einem anderen Falle wurde auch im Hotel Continental das Verlangen an einen Schupomann gestellt, einen anreisenden Streikbrecher feststellen zu lassen, der mit einer Waffe versehen war. Der „Grüne“ ging ins Hotel und kam nach einer guten halben Stunde retour und erklärte, der betreffende Mann hätte einen

Waffenchein. Damit war die Sache für ihn erledigt. Diese unerhörten Zustände lassen nur folgende Schlüsse zu: entweder die Schupomannschaft kennt nicht ihre Aufgaben und verlagert in Fällen, wo sie verpflichtet ist, einzugreifen, oder sie kolludiert mit den Unternehmern, läßt gegenüber den Streikenden Sabotage und Stempelt sie zu Bürgern zweiter Klasse, die vogelfrei sind und auf den Beistand der Schupo nicht zu rechnen haben.

Während aber auf der einen Seite die fest ausstehenden Streikposten, für deren Forderungen auch gut bürgerliche Kreise Verständnis aufbringen, wie aus dem gestrigen Aufruf ersichen werden konnte, schütlos gegenüber schleichenden Streikbrechern sind, werden Schupoleute zur Begleitung gestellt, damit ein Streikbrecher einen halben Liter Milch holen kann.

Auch aus dem Tiergarten-Hotel werden uns erbauliche Dinge gemeldet. Dort provozieren Kriminalbeamte der Abteilung I A, die Ausständigen und Schiepen dann die Streikenden wegen Landfriedensbruch auf die Wache. Bei einem solchen von vier Kriminalbeamten heraufbeschworenen Vorfalle am Freitag wurden zwei Mann verhaftet, die nun schon die ganze Zeit eingesperrt sind, ohne irgend etwas verborgen zu haben.

Haben denn Kriminalbeamte keine andere Betätigung, denn als müßige Helfer in ökonomischen Kämpfen einseitig einzugreifen und die schwer um ihre Existenz Ringenden zu provozieren?

Die Ausständigen sollen aber aus all diesen reaktionären Anschlüssen behördlicher Organe die Lehre ziehen: Auf politischem Gebiet müssen diese Zustände geändert werden, damit der Schupo ihre reaktionäre Führung genommen und sie zu dem gemacht wird, was sie eigentlich sein soll, und zwar eine neutrale Polizeitruppe. Die Schupo ist weder neutral, noch ist sie Polizei, am allerwenigsten polizeilich geschildert, so daß deren Einzelmitglieder selbständig zu handeln in der Lage sind. Deshalb ereignen sich auch die tagtäglichen Uebergriffe und Unterlassungssünden der Schupo, deren wir nur einige wenige veröffentlichen haben. Es wird notwendig sein, an anderer Stelle diesen Skandal noch gebührend zu kennzeichnen.

Die Gastwirtsangestellten zur Verständigung bereit

Auf Veranlassung des Herrn Oberpräsidenten traten gestern die streikenden Parteien des Gastwirtsgewerbes unter Vorsitz des Herrn Assessor Dr. Körner zum Demobilisierungsausschuß zusammen. Die Arbeitgeber weigerten sich auch hier, auf der Basis des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses zu verhandeln. Daraus schlug Dr. Körner im Einvernehmen mit Gen. Adolf Cohen von der Zentralarbeitsgemeinschaft vor, den Streit, ab den Kellnern feste Löhne zu zahlen lassen, oder ab sie auf 10 Prozent Zuschlag zur Zehne angewiesen werden sollen, einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten, dessen Spruch endgültig sein sollte. Die Arbeitnehmer nahmen diesen Vorschlag an. Die Unternehmer wünschten, die Stellungnahme ihrer heute abend stattfindenden Mitgliederversammlung zu überlassen. Eine Erklärung, daß sie dieser die Annahme des Schiedsgerichts empfehlen würden, lehnten sie ab!

Arbeitsbeschaffung für Ausländer!

Die Arbeitslosigkeit der Arbeiter in Berlin und seiner nächsten Umgebung ist so groß, daß wiederholt von den zuständigen Stellen Mittel bereitgestellt werden mußten, um die allergrößte Not zu lindern. Mit Geld ist hier aber wenig getan, die beste Lösung kann nur die Beschaffung von Arbeitsstellen sein; deshalb sind ja auch Millionen für Rossbauarbeiten bewilligt worden. Durch Vermittlung des Landesarbeitsamtes konnte ein Teil der Arbeitslosen im vergangenen Sommer in der Torindustrie, welcher in Zukunft durch die Abgabe des größten Teiles unserer Kohle an Polen noch größere Bedeutung wie früher zukommt, untergebracht werden. Hier scheint man in Zukunft wieder mehr Ausländer verwenden zu wollen, denn der Landrat des Kreises Teltow ersich folgende Bekanntmachung, die in Nr. 79 der Zeitung für Mittenwalde und Umgebung erschien:

Bedarf an ausländischen Arbeitern für 1922.

Arbeitgeber der Landwirtschaft und der Torindustrie, die im Jahre 1922 ausländische Arbeiter beschäftigen wollen, werden hiermit aufgefordert, bis spätestens 15. Oktober 1921 einen entsprechenden Antrag hierher zu richten. Formulare sind bei mir anzufordern; sie können auch im Kreisbüro, Berlin, Viktorienstraße 18, Zimmer 5, während der Dienststunden empfangen werden. Den neuen Anträgen sind die Genehmigungsscheine für das Jahr 1921 beizufügen.

Die vom Brandenburgischen Landesarbeitsamt für das Jahr 1921 erteilten Genehmigungen laufen spätestens mit dem 31. Dezember 1921 ab, sofern kein früherer Termin genannt ist. Berlin, den 21. September 1921.

Der Landrat des Kreises Teltow. v. Achenbach.

Diese Bekanntmachung muß geradezu entsetzen, ausländische Arbeiter anzufordern und läßt den Bemühungen des Landesarbeitsamtes, hiesige Arbeitslose in solchen Betrieben unterzubringen, unseres Willens direkt entgegen.

Wofür sollen wir aber kommen, wenn Maßnahmen einer Behörde immer wieder von einer anderen durchkreuzt werden? Der Landrat des Kreises Niederbarnim soll eine ähnliche Aufforderung erlassen haben.

Ueber 8 Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften

Nach einer Zusammenstellung des „Korrespondenzblattes“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes waren Ende 1920 in den dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften 8 025 682 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert, gegenüber 7 337 477 Ende 1919. Die höchste Mitgliederzahl der Zentralverbände weist der Deutsche Metallarbeiterverband mit 1 647 916 Mitgliedern auf, dem die Verbände der Landarbeiter mit 695 695 Mitgliedern, der Fabrikarbeiter mit 643 800, der Transportarbeiter mit 568 080, der Textilarbeiter mit 470 749, der Bergarbeiter mit 450 320, der Eisenbahner mit 428 174, der Holzarbeiter mit 379 381, der Angestellten mit 376 400, der Gemeindearbeiter mit 283 274 und der Bekleidungsarbeiter mit 143 500 Mitgliedern folgen. Zwölf weitere Verbände weisen Mitgliederzahlen zwischen 50 000 bis 100 000 und 25 unter 50 000 auf. Die Gesamtannahmen der Verbände im Jahre 1920 beliefen sich auf 747 114 490 M., die Gesamtausgaben auf 543 814 615 M. Während im Jahre 1913 die Einnahmen pro Kopf auf 31,98 M. sich heften, bezifferten sie sich im Jahre 1920 auf 94,69 M. pro Kopf. Die Aufwendungen für Unterstufungen betragen 104 990 212 M., für Streit, Lohnbewegungen und Ausprägungen 108 549 907 M., für Bildungszwecke und Verbandsorgane 58 435 918 M., für Agitation, Konferenzen, Ortsausschüsse, Sekretariate usw. 89 140 637 M., für Verwaltung 182 617 941 M. Der Vermögensstand der Verbände beträgt nach einer Zusammenstellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 268 469 522 M.

Ueber das Zeitungswesen besagt der Bericht, daß jeder Verband ein eigenes Organ besitzt, außerdem geben 17 Organisationen noch 29 Nebenorgane zur Erörterung fachtechnischer Fragen oder Betriebszustände heraus. Das Organ der Buchdrucker erscheint dreimal wöchentlich, 32 Verbandszeitungen werden einmal wöchentlich herausgegeben, 11 vierzehntägig, fünf Verbände haben Monatsorgane. Die Gesamtauflage der Verbandsorgane stellt sich auf 8 404 960 Exemplare.

Generalversammlung der Angestellten

Am letzten Dienstag fand die Fortsetzung der am 19. September vertagten Delegierten-Generalversammlung der Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten statt. In der Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht teilte Genosse Cohn mit, daß die Ortsverwaltung eine Beitrags-erhöhung fordern müsse. Nach ausführlicher Debatte stimmte die Generalversammlung dieser Forderung grundsätzlich zu. Die Ortsverwaltung soll der nächsten ordentlichen Generalversammlung ihre Vorschläge über die Höhe der Beiträge vorlegen.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Hauptkassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Der Vorsitzende Cohn wies hierauf auf die Wichtigkeit der Krankenkassenwahlen hin. Im Anschluß daran wurde die Wahl der 14-Delegierten vorgenommen.

Zum Schluß der Versammlung wurden einstimmig zwei Resolutionen angenommen. Die eine fordert von den Angestellten, daß sie den Aufrufen der Spitzenorganisation anlässlich des 9. November unbedingt Folge leisten, die zweite Resolution spricht den leitenden Angestellten des Gastwirtsgewerbes wärmste Sympathie aus. Von den Angestellten wird nachdrücklich verlangt, daß sie alle Gastwirtsbetriebe, die nicht die Forderungen der Gastwirtsangestellten bewilligt haben, auf das Strengste meiden.

Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten

In Potsdam, in der Eisenhandstraße 14/15, hat die obige Gemeinschaft, von der wir schon öfters Notiz nehmen mußten, ihren Sitz. Bei der Handelsgesellschaft deutscher Posthalter in der Pflanzstraße streiten die Angestellten. Hugo greift die obige Landvolksgemeinschaft ein und sandte 30 Mann als Streikbrecher nach dem Betrieb. Es hat also den Anschein, als wenn diese Gemeinschaft in Potsdam den Streikbruch geschäftlich betreibt. Wir warnen daher vor diesen Leuten und die Arbeiterpreise wird allerorts gebeten, von dieser Tatsache Notiz zu nehmen.

Streik in den Konditoreien bevorstehend

Die Konditoreibesitzer, welche erst für sich die Zwangsorganisation (Zwangsinnung) geschaffen haben, gehen jetzt daran, die ihnen von jeder vererbte Organisation der Arbeitnehmer zu zertrümmern. Sie wollen keinen Tarif. Trotz der hohen Preise, welche in den Konditoreien genommen werden, wollen die Herren Löhne zahlen, wie es ihnen gefällt.

Sie kündigten den paritätischen Arbeiternachweis, die Arbeitnehmer sollen wieder von Betrieb zu Betrieb laufen und sich zu jeder Bedingung anstellen. Sie kündigten den Tarif, nachdem sie mit dem Gewerkschaftsverein der Bäcker und Konditoren (H.-D.) einen Tarif abgeschlossen, der jede weitere Lohnerhöhung ausschließt. Hier spielt der Gewerkschaftsverein die Rolle der Gelben.

Alle Versuche der Organisation, eine Verständigung herbeizuführen, sind an dem Starrsinn der Arbeitgeber gescheitert. Wir sind gezwungen, in den Abwehrkampf einzutreten. Führer der Arbeitgeber verlangen von ihrem Personal, daß sie nicht dem Verband angehören dürfen. Die Organisation soll mit allen Mitteln verteidigt werden.

Diesen hartnäckigen Vätern muß ein Ende gemacht werden. In einer am Dienstag, den 1. November 1921, abends 7 Uhr, in den Sophienhallen, Sohostr. 17/18, stattfindenden Versammlung wird das Konditoreipersonal zu dieser Frage Stellung nehmen und weitgehende Beschlüsse fassen.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

U.S.P. Buchdrucker, Bezirk 2!

Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal von Bierbaum, Poststraße 2, eine wichtige Besprechung aller Kollegen, welche auf dem Standpunkt der U.S.P.D. stehen. Wir erwarten das Erscheinen aller unserer Freunde und Anhänger. Der Aktionsausschuß.

Betriebsrat! Heute, Donnerstag, 7 Uhr abends, beginnt der Genosse Richard Seidel an der Volkshochschule Groß-Berlin (Reichstraße Poststr. 44-4) seinen Kursus „Das Mitspracherecht der Betriebsvertretungen bei Entscheidungen und Entlassungen.“ Hörerkarten an den bekannten Stellen und an der Lehrstätte.

Lehrer-Vertreter-Verband. Freitag, 23. Oktober, abends 7 Uhr, Generalversammlung Werkmeisterhaus Berlin, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24-25. Erscheinen eines Jeden Ehrensache!

Gewerkschafts-Bibliothekare! Diesen Sonntag keine Zusammenkunft. Nächste Volkshochschule Sonnabend, den 5. November, nachm. 4 Uhr, Gewerkschaftshaus, Soaf 2. Auch die Mitglieder der Bibliotheks-Kommission sind eingeladen. Pünktliches Erscheinen notwendig! Gewerkschafts-Kommission.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Am Freitag, den 25. Oktober, abends 6 Uhr, findet bei Vöter Berlin, Weberstr. 17, unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über Zusammenfassung der Bibliotheken. 2. Ergänzung der engeren Verwaltung. 3. Entwürfe. 4. Verschiedenes. Kollegen, wir erwarten, daß alle dienstfreien Kollegen, Mann für Mann, zu dieser Generalversammlung erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter! Heute abend 7 Uhr findet im Großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15/16, eine Vierteljahres-Generalversammlung statt. Sämtliche Delegierten sind verpflichtet, in dieser Versammlung unbedingt zu erscheinen.

Holzarbeiter-Sperre. Die Siedlungsbauteil Tempelhofer Feld, Deutsche Werke, Spandau, Zwischenmischer Müller, sind wegen Nichtbezahlung der tariflichen Löhne gesperrt.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 27. Oktober

Königsplatz und Hagenplatz. Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung im Weidhaus in Königsplatz. Vortrag des Genossen Christian Feyer über „Die politische Lage“ und Diskussion.

Freitag, 28. Oktober

Cherichneubau. Abends 7 Uhr öffentliche Versammlung in der Halle des Kaufmanns, Joppenstraße. Tagesordnung: Wählprüfung der hiesigen Wahlkreise.

5. Verwaltungsvergütung. 15., 16., 17. Oktober. Männerklub U.S.P., 8 Uhr. Abends 7 Uhr. 18. Sonntag. 19. Sonntag. 20. Sonntag. 21. Sonntag. 22. Sonntag. 23. Sonntag. 24. Sonntag. 25. Sonntag. 26. Sonntag. 27. Sonntag. 28. Sonntag. 29. Sonntag. 30. Sonntag. 31. Sonntag.

11. Sonntag. Heute einladen zum Frauenabend am Montag. Vortrag im Weidhaus, Königsplatz.

14. Sonntag. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Arbeiter-, Frauen- und Jugendkommission bei Frau, Richter Str. 15.

28. Sonntag (Arbeitsabend). Abends 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Frau, Königsplatz.

Kaufmann, Weidhaus, Hagenplatz. Außerordentliche Mitgliederversammlung in der Halle des Kaufmanns, Joppenstraße, 20. Oktober. Referat des Genossen Cohn über den Stand der Partei.

Reichsverband. 7 1/2 Uhr Generalversammlung in der Schulaula der 3. Gemeindefabrik.

Bereinstander

Donnerstag, 27. Oktober

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Section 5. Industriearbeiter. Abends 8 Uhr Kundendienstkonferenz aller Lokale. Betriebsrat, Zetelstraße und Gewerkschaftsleiter in der Schulaula Joppenplatz 12. Bericht über den Stand der Lohnbewegung.

Intern. Bund aller Kriegsgewerksamer, Ortsgruppe Charlottenburg, Bezirk 4. Abends 7 Uhr Jahrelang im Lokal von Zeitz, Am Lügen 2.

Die Internationale Sozialistische Arbeitsgemeinschaft

Besprechungen mit der englischen Arbeiterpartei

Gemäß dem Beschluß, der in der Sitzung des Exekutivkomitees der Internationalen Sozialistischen Arbeiterpartei (I.S.A.P.) in Frankfurt a. M. am 11. Juli d. J. gefaßt wurde, folgte das Exekutivkomitee der Einladung des Exekutivkomitees der englischen Arbeiterpartei zu einer informativen Besprechung über die Probleme der internationalen Zusammenfassung der proletarischen Kräfte. Diese gemeinsame Beratung fand am 19. und 20. Oktober 1921 in der Cozton Hall statt. Es waren von Seite der I.S.A.P. alle in London anwesenden Mitglieder des Exekutivkomitees erschienen, von Seite der Labour Party alle in London anwesenden Mitglieder des Exekutivkomitees. Nach einer eingehenden Darlegung des Standpunktes der Labour Party durch den Vorsitzenden J. W. E. und Tom Shaw fand eine ausführliche Debatte statt, an der sich von Seite der Labour Party auch James Macdonald und Arthur Henderson beteiligten und in der der Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft durch Adler, Longuet und Ledebour dargelegt wurde. Zum Schluß der Konferenz wurden auf Grund des einstimmigen Beschlusses des Exekutivkomitees der I.S.A.P. die Gesichtspunkte der uns angeschlossenen Parteien in folgender Erklärung zusammengefaßt:

Erklärung

der Exekutive der I.S.A.P. in der gemeinsamen Sitzung mit der Exekutive der englischen Arbeiterpartei am 20. Oktober 1921.

Wir stellen mit großer Befriedigung die vollständige Ueber einstimmung der Exekutive der Labour Party mit unserer Exekutive in der Beurteilung der gegenwärtigen unerträglichen Lage der internationalen Organisation des klassenbewußten Proletariats fest. Wir wissen uns einig mit den Vertretern des englischen Proletariats in dem ernstlichen Streben, der demütigenden Machtlosigkeit des Proletariats auf internationalem Gebiet ein Ende zu machen durch den Aufbau einer allumfassenden Internationale.

Das Ziel ist gemeinsam, die Unterschiede liegen in der Einschätzung der aktuellen Möglichkeiten und in den Methoden, zu diesem Ziele zu gelangen. Wir sind im Gegensatz zur Labour Party der Meinung, daß es sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht um neue organisatorische Formen handeln kann, sondern daß die internationale Front des Proletariats vor allem in gemeinsamen Aktionen, im gemeinsamen Klassenkampf, in gemeinsamen Kämpfen zu erreichen ist. Wir sind daher nicht der Ansicht, daß die Einberufung einer allgemeinen Konferenz in der nächsten Zeit der Stärkung der internationalen Beziehungen dienen könnte, daß sie vielmehr einem späteren Fortschritt zur internationalen Organisation hinderlich im Wege stehen würde. Aber auch für den Fall, daß eine Konferenz, wie sie von der Labour Party in Aussicht genommen wurde, zeitgemäß werden sollte, so könnten wir die vorgeschlagene Basis als viel zu eng nicht akzeptieren. Das Ziel der I.S.A.P. ist ein viel weiter gehendes als es im Plane der Labour Party zum Ausdruck kommt. Wir wollen im geeigneten Zeitpunkt alle Kräfte des klassenbewußten Proletariats zu internationaler Einheit zusammenfassen, während der Vorschlag der Labour Party nicht nur die Moskauer angeschlossenen Parteien vorläufig außer Betracht läßt, sondern es zum Beispiel nicht einmal der für die internationale Aktion unentbehrlichen sozialistischen Partei Italiens ermöglichen würde, an der Konferenz teilzunehmen. Wir müssen daher weiter mit Ausdauer und Zähigkeit das viel höhere Ziel verfolgen, das die Wiener Konferenz im Februar 1921 unserer Arbeit gesetzt hat.

Die Vertreter der Labour Party haben erklärt, daß die Mitglieder des Exekutivkomitees des unter dem Namen „Zweite Internationale“ bestehenden Parteienverbandes bereit seien, ihre Ämter niederzulegen, falls die Exekutive der I.S.A.P. das gleiche tue, und daß sie sogar gewillt seien, die zweite Internationale überhaupt aufzulösen, wenn dadurch die Einigung des Weltproletariats erleichtert werde. Die Vertreter der I.S.A.P. haben zu einer gleichartigen Erklärung weder eine Vollmacht noch sind sie der Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein derartiger Schritt unsererseits der Sache der internationalen Einigung dienen könnte. Vielmehr sind wir der Ansicht, die Existenz unserer I.S.A.P. begründe die Hoffnung auf Schaffung einer das gesamte revolutionäre Proletariat umfassenden Internationale.

Unser Standpunkt in der Frage der Möglichkeiten und Methoden der Herstellung einer allumfassenden Internationale ist unzweideutig gekennzeichnet in den Beschlüssen der Wiener Konferenz vom Februar 1921 und in dem Brief, den wir am 11. Juli 1921 an die Labour Party geschickt haben. Wir schätzen die Schwierigkeiten, die sich der Schaffung einer weltlichen Internationale entgegenstellen, viel höher ein, als es die Exekutive der Labour Party tut, die die weniger komplizierten Verhältnisse in England zum Ausgangspunkt der Betrachtung nimmt. Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte zu gemeinsamen Aktionen, gegen imperialistische Kriegshetze und Kriegsausbeute, gegen die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse, gegen die

Hungersnot in Rußland usw., in immer steigendem Maße gelingen wird. Als Vorbild derartiger gemeinsamer Aktionen erscheint uns etwa die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte, wie sie in Deutschland nach dem Kapp-Putsch und nach der Ermordung Erzbergers stattgefunden hat. Wir sind überzeugt, daß derartige gemeinsame Aktionen durch informativ Besprechungen, wie wir sie heute mit der Labour Party hatten, bedeutend gefördert werden können und sind, wie wir schon in unserem Brief vom 11. Juli 1921 an die Labour Party erklärt haben, zu solchen informativ Besprechungen mit Parteien, welcher internationaler Gruppierung sie immer angehören mögen, stets bereit.

Wir anerkennen, daß die hervorragende Stellung der Labour Party innerhalb des Weltproletariats sie berufen erscheinen läßt, derartige Diskussionen einzuleiten und wir hoffen daher, bald von weiteren Vorschlägen, die in dieser Richtung gemacht werden, zu hören.

Nachdem diese Erklärung der Exekutive der Labour Party auch schriftlich übermittelt worden war, präziserte sie ihre Auffassung nochmals in folgender Antwort:

An das Bureau der I. A. S. P.
Liebe Genossen!

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Mitteilung betreffend die Diskussion, die wir gestern mit Ihnen hatten und bedauern, daß Sie sich entschieden haben, die Mitarbeit an einem unmittelbaren Versuch, die gesplitterten Sektionen der internationalen Arbeiterbewegung zusammenzubringen, abzulehnen, daß Sie vielmehr fortfahren, einer solchen Zusammenkunft Hindernisse in den Weg zu legen.

Wir müssen Ihnen gegenüber richtig stellen, daß die Annahme nicht stichhaltig ist, daß wir die Absicht haben, der Teilnahme der italienischen Sozialisten an der vorgeschlagenen Konferenz Hindernisse in den Weg zu legen; Tatsache ist, daß wir ihnen schon eine Einladung gesandt haben.

Wir haben gegenwärtig nicht den Vorschlag gemacht, die kommunistischen Parteien einzuladen, da ihre Methoden so verschieden sind, daß eine Zusammenarbeit unmöglich gemacht wird. Ihre eigene Erklärung bezeugt Ihren starken Willen zur Einheit, aber wir wünschen, Ihnen nochmals die Lage, wie sie von unserer Seite auf der Konferenz dargelegt wurde, in Erinnerung zu rufen. Die gegenwärtige Lage der sozialistischen und Arbeiterbewegung in Europa ist außerordentlich traurig. Wir haben einander bekämpfende Sektionen, keine Kampfeinheit, Zersplitterung der Kräfte, Sektionen, die gegeneinander arbeiten, anstatt sich zu unterstützen; der Wunsch der britischen Labour Party ist es nun, wenn nur irgend möglich ohne Reklamationen, alle Parteien, die ernsthaft eine einheitliche Bewegung erreichen wollen, zusammenzubringen, damit sie eine Grundlage ausarbeiten, auf der wir eine Internationale haben.

Wir beabsichtigen, Einladungen an alle sozialistischen Parteien zu senden, damit sie, unbeschadet ihrer bestehenden internationalen Beziehungen, die Grundlagen für eine vereinheitlichte Internationale ausarbeiten und wir forderten die Wiener Arbeitsgemeinschaft auf, ihrerseits den ihr angeschlossenen Parteien zu empfehlen, durch die Zusammenkunft die Lösung der Schwierigkeiten zu versuchen. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft hat es abgelehnt, dies zu befürworten.

Es war immer die Absicht der Exekutive der britischen Labour Party, die Basis der vorgeschlagenen Konferenz so weit als möglich zu gestalten und sich zu bemühen, die Sicherheit zu schaffen, daß die für die künftige sozialistische Internationale beschlossene Grundlage jeder sozialistischen Gruppe die Freiheit sichere, in ihrem eigenen Lande nach dessen eigenen Methoden für das sozialistische Ziel zu arbeiten, aber mit dem gemeinsamen Entschluß, zum Sozialismus zu gelangen.

Als weiteren Beweis für ihr Bestreben, zu einer vereinheitlichten Internationale zu gelangen, haben die amtsführenden Vertreter (offizielle) der „zweiten“ Internationale, wie auch in Ihrer Erklärung erwähnt, sich bereit erklärt, die Auflösung der „zweiten“ Internationale sofort zu empfehlen, sobald die neue Verbandsbasis angenommen ist, vorausgesetzt, daß die Wiener Arbeitsgemeinschaft bereit wäre, dieselben Schritte zu unternehmen zum Zwecke, die Einheit zu sichern.

Was wir vorgeschlagen haben, ist ein vollständiger Beweis unseres Bemühens, jede im Augenblick nur mögliche Konzentration der sozialistischen Kräfte zu erzielen. Es geht aus Ihrer Erklärung klar hervor, daß es die Absicht der Wiener Arbeitsgemeinschaft ist, jeden tatsächlichen Fortschritt zur internationalen Einheit solange zu verhindern, bis die Kommunisten ihre Haltung derart geändert haben, daß ein Zusammenwirken mit allen anderen sozialistischen Parteien in der Welt möglich wird.

Diese Verzagtheit auf Unbestimmte ist nicht zu rechtfertigen, und die Exekutive der britischen Labour Party bedauert daher, daß ihre Bemühungen für eine allumfassende Internationale, welche, soweit sie die „Zweite“ betrifft, in dem in dieser Mitteilung gekennzeichneten Umfang Erfolg hatten, wegen der von der Wiener Arbeitsgemeinschaft ausgehenden Widerstände nicht zu einem befriedigenden Abschluß kommen konnte.

Im Namen der Exekutive der britischen Labour Party.
Arthur Henderson, Sekretär.

Dieses Schreiben wurde der Exekutive der I. A. S. P. in ihrer letzten Sitzung am 21. Oktober übermittelt. Die Exekutive beschloß, da ihre Gesichtspunkte in ihrer Erklärung bereits mit erschöpfender Deutlichkeit dargelegt sind, von einer neuerlichen Verantwortung abzugehen und das Schreiben der Labour Party den angeschlossenen Sektionen zur Kenntnis zu bringen.

Nach dem Abschluß der Beratungen mit der Labour Party war das Exekutivkomitee der I. A. S. P. noch zu zwei weiteren Sitzungen zusammengekommen, in denen die internen organisatorischen und finanziellen Fragen einer eingehenden Besprechung unterzogen und in allen Fragen einstimmige Beschlüsse erzielt wurden.

Die von dem Sekretariat herausgegebenen Nachrichten der Internationalen Sozialistischen Arbeitergemeinschaft (I.S.A.G.) werden in der bisherigen Form weiter erscheinen und alle Dokumente der I. A. S. P. vereinigen. Für England werden vorläufig Auszüge im „Labour Leader“, für Frankreich im „Populaire“ veröffentlicht werden.

Die Arbeiten des Exekutivkomitees konnten am Freitag, den 21. Oktober, mittags, beendet werden.

Ein Justizmord in Amerika

Der politische Neuchelmord ist bei uns ebenso wie der Justizmord zur täglichen Erscheinung geworden. Wir sind darum zu leicht geneigt und wohl auch zu viel mit uns selbst beschäftigt, um uns auch mit jenen politischen Verbrechen zu beschäftigen, die jenseits der Grenzsphäre unserer Republik begangen werden. Darum hat unsere Presse bisher auch kaum einem Justizverbrechen Beachtung geschenkt, das in diesen Tagen jenseits des Ozeans an den beiden Anarchisten Sacco und Vanzetti vollendet werden soll.

Sacco und Vanzetti waren am 5. Mai in Boston verhaftet worden. Am Tage zuvor war deren seit acht Monaten ungesetlich verhafteter Freund Andrea Salzedo tot auf der Straße unter dem Fenster seiner Gefängniszelle in Dedham aufgefunden worden. Ob sich Salzedo selbst aus dem Fenster gestürzt hatte oder ob er von andern hinausgestürzt worden ist, konnte nicht festgestellt werden. Hierüber hätte allenfalls nur ein Mitgefangener von Salzedo Auskunft geben können. Merkwürdigerweise ist aber die Vernehmung dieses einzigen Zeugen dadurch hintertrieben worden, daß die Gefängnisleitung ihn abschob. Statt dessen wurden Sacco und Vanzetti des Mordes an Salzedo angeklagt und ohne den mindesten Beweis zum Tode auf dem elektrischen Stuhl verurteilt. Offenbar hat das Gericht bei diesem Todesurteil sich nur von einer Weisung von Seiten der Regierung leiten lassen, deren Bestreben es war, die beiden rührigen Anarchisten als Führer einer gemeinen Verschwörer- und Mörderbande erscheinen zu lassen.

Ganz so einfach sollte der amerikanischen Regierung diese Krupellose Befreiung zweier ihr verhafteter Anarchisten freilich nicht gelingen, denn selbst die bürgerlichen Blätter bekennen, daß dieses Urteil jeder Grundlage entbehre. So schrieb der „Boston American“ vom 15. August: „Wir sind von der Schuld von Sacco und Vanzetti keineswegs überzeugt. Der Verlauf des Prozesses macht es unmöglich, zu solcher Ueberzeugung zu kommen.“

Im Amerika ist darum eine große Protestaktion gegen dieses unerbörte Urteil, das am 1. November vollstreckt werden soll, eingeleitet worden und erfreulicherweise nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt geblieben. Insbesondere haben sich auch die italienischen Sozialisten und in Frankreich Sozialisten und Kommunisten für die Freigabe der beiden zu Tode Verurteilten eingesetzt und überall gewaltige Kundgebungen veranstaltet. Ebenso haben Anatole France, Romain Rolland und Henri Barbusse ein Telegramm an den amerikanischen Präsidenten Harding gerichtet und die Freilassung von Sacco und Vanzetti als einen Akt menschlicher Gerechtigkeit gefordert. Dieser Forderung hat sich in Frankreich ferner die Liga für Menschenrechte angeschlossen, welche in ihrem Protest offen erklärt, daß die gegen Sacco und Vanzetti erhobene Beschuldigung nur einen Vorwand bildet, um diese wegen ihrer anarchistischen Propaganda zu treffen. Daß sie nicht in Zusammenhang mit dem ihnen zur Last gelegten Mord gebracht werden könnten, gehe schon daraus hervor, daß Sacco und Vanzetti vor Gericht nachweisen konnten, am Tag der Tat in Boston beziehungsweise in Plymouth gewesen zu sein, während die Tat selbst sich in Dedham ereignete.

Der von der amerikanischen Regierung geplante Justizmord entspricht der ganzen grausamen Rücksichtslosigkeit, mit welcher seit langem und in den letzten Jahren in unglaublich verheerender Weise, alle politischen Meinungen und Bewegungen des Proletariats verfolgt werden. Um so mehr begrüßen wir, daß das internationale Proletariat ohne Parteienunterschied sich gegen dieses neue und besonders sinnfällige Verbrechen der amerikanischen Bourgeoisie auflehnt und dieses vor der ganzen Welt festhält.

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Größte Auswahl — Enorme Vorräte

Ersklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

- Ulster aus haltbaren Stoffen, in braun, grau oder oliv **285⁰⁰**
- Schlüpfer, Raglans und Ulster aus grünem, stechgrünem u. braunem Flechtgrün- und Diagonalgewebe, hervorragende Qualitäten . . . M. 600, **575⁰⁰**
- Schlüpfer, Raglans und Ulster aus weiß- und dunkelgemusterten Flanell-, Homespun- und Diagonalstoffen . . . M. 600, **700⁰⁰**
- Schlüpfer, Raglans und Ulster aus erstklassigen Fabrikaten, in wendervoll hellen und dunklen Farbenstellungen . . . M. 1200, 1000, **900⁰⁰**
- Winter-Paletots aus vorzüglichem Marengo- und schwarzen Stoffen, M. 1000, 900, 800, 700, **600⁰⁰**
- Winter-Joppen aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Inverness- und Sportform . . . M. 400, 350, 300, 250, **175⁰⁰**
- Knaben- u. Jünglings-Ulster in allen Fassons . . . zu mäßigen Preisen

- Uebergangs-Ulster, Schlüpfer u. Raglans a. Homesp. u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600 **475⁰⁰**
- Uebergangs-Paletots a. Marengo Cheviot, in guten Qualitäten . . . M. 800, 700 **575⁰⁰**
- Gummimäntel für Damen und Herren, hochgeschlossenen und mit Fassen, in guten Qualitäten M. 550, 450, 350 **265⁰⁰**
- Gummimäntel in Double u. Covercoat, in hervorragenden Qualitäten . . . M. 750, 650 **550⁰⁰**
- Lodenmäntel für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden . . . M. 450, 350, 275 **225⁰⁰**
- Loden-Pelerinen für Damen und Herren, a. watter, festem Strichloden . . . M. 250, 225 **190⁰⁰**

Geh- u. Sportpelze

- Jackett-Anzüge aus guten blaugrauen, grün-gestreiften und andersfarbigen Stoffen hergestellt . . . M. 600, 500, **450⁰⁰**
- Jackett-Anzüge aus vorzüglichem Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, nach Homospun . . M. 800, 750, **690⁰⁰**
- Jackett-Anzüge aus erstklassigen Kasemergern- und Cheviotstoffen, in blau und farbig . . . M. 1200, 1000, **900⁰⁰**
- Sport-Anzüge mit Brocheshoosen, aus gutem Lodenstoff, in allen Farben **500⁰⁰**
- Sport-Anzüge aus Homospun, Manchester und gemustert, Cheviot, M. 850, 750, **600⁰⁰**
- Hosen in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit . . . M. **55⁰⁰**
- Schulanzüge in verschiedenen Fassons und Qualitäten M. 200, 150, 120, 80, **70⁰⁰**

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zufaten — Sehr mäßige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikots und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Jungproletariat Berlins! Auf zum Internationalen Jugendtag der Sozialistischen Proletarierjugend!

Sonntag, 30. Oktober, vorm. 10 Uhr, Musiker-Festsäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Die Geschichte der Jugendinternationale

Die Sozialistische Proletarier-Jugend Deutschlands und mit ihr alle der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen angeschlossenen Verbände rufen, um am 30. Oktober den internationalen Jugendtag zu begehen. An diesem Tage werden die sozialistischen Jugendlichen Österreichs, Frankreichs, Lettlands, Jugoslawiens, Ungarns, Italiens und der Tschechoslowakei wie unsere S. P. J. hier in Deutschland sich versammeln und Zeugnis davon ablegen, daß ein mörderischer Krieg nicht imstande war, die Menschheit für immer zu trennen, und daß haben wie drüber den Glaube an den Sozialismus, an die Internationale lebt, sich ausbreitet und den Sieg erringen wird. Einbringlich wollen wir gerade in der Zeit der Zerrissenheit der Arbeiterbewegung in allen Ländern das Wort unseres Meisters erschallen lassen: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Es ist notwendig, einmal zurückzublicken auf die Geschichte der Jugendinternationale, denn nur aus ihrem Werden kann man ihre heutige Gestaltung verstehen. Wir können drei Abschnitte unterscheiden:

1. Die Entstehung und Entwicklung der Jugendinternationale (bis zum Kriege);
2. Das Werden der kommunistischen Jugendinternationale;
3. Die sozialistischen Internationalen.

Die ersten Jugendorganisationen, die Jungen Garden, die 1885 in Holland, 1886 in Belgien entstanden, hatten den Kampf gegen den Militarismus, Erziehung zum Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben, während die österreichischen und norddeutschen Organisationen für die wirtschaftliche Besserstellung kämpften und als Bewegungsbewegung zu betrachten sind. Auch die Form der Organisationen war verschieden: in Österreich, Belgien, Süddeutschland selbständig, in Frankreich, Deutschland ein Teil der Parteiorganisation.

Nach vergeblichen Versuchen, im Anschluß an die internationalen Sozialistenkongresse auch Jugendkongresse einzuberufen, kam es auf Anregung der deutschen Organisation zur Gründung eines Bureaus und zur ersten internationalen Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Stuttgart am 24. August 1907. Eigene Organisationen der Jugend, jedoch im Einvernehmen mit den sozialistischen Parteien, Kampf gegen wirtschaftliche Ausbeutung und gegen jeden Militarismus, Erziehung im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus, nachdrücklichste Bildungsarbeit, waren die hauptsächlichsten Forderungen.

Der erste Kongreß war ein voller Erfolg, die Organisationen blühten überall auf. Als am 4. September 1910 in Kopenhagen der 2. Kongreß tagte, zählte die Internationale 20 Organisationen mit 120 000 Mitgliedern. Im wesentlichen wurden die Stuttgarter Beschlüsse erneuert, der Anschluß an das internationale sozialistische Bureau (der Parteiorganisationen) jedoch jetzt nicht vollzogen. Hier zeigten sich schon zwei Richtungen: Belgien, Deutschland, Österreich, die die Bildungs- und Erziehungsarbeit betonten, Schweden, Norwegen, Italien, die Schweiz, die für die politische Betätigung der Jugend eintraten. Es kam nicht zum Austrag der verschiedenen Auffassungen. Die drohende Kriegsgefahr hielt die Einigkeit aufrecht. „Kampf gegen den Militarismus“ war die Parole des 1912 in Basel stattfindenden Kongresses. Lebendiger war die Seele dieses Kampfes.

Die Jugendorganisationen nehmen trotz der Unterdrückung durch die kapitalistischen Regierungen einen tiefen Aufschwung;

300 000 Mitglieder zählten die der Internationale angeschlossenen Organisationen. Da brach 1914 der Krieg aus. Die Internationale verfolgte, Sozialisten traten für die Verteidigung des bedrohten Vaterlandes ein. Die Jugendinternationale war zerfallen.

Der schweizerische Verband unternahm es im Oktober 1914, die Internationale neu zu bilden. Ostern 1915 tagte die internationale Konferenz in Berlin. Eine entscheidende Wendung trat ein. Ein Beschluß wurde gefaßt, der sich gegen Unterstützung des Krieges durch die sozialistischen Parteien wandte und die Haltung der Gruppen begrüßte, die gegen den Krieg eintraten. Damit hat die Jugendinternationale zum ersten Male zu den Parteifragen Stellung genommen. Münzenberg wurde Sekretär. Diesem ersten Schritt mußten weitere in derselben Richtung folgen. Im Mai 1917 wurde ausdrücklich die Jugendinternationale als selbständige politische Bewegung erklärt, die politische Betätigung, Kampf gegen Rechtssozialisten und eigene politische Aktionen gefordert. Die Spaltung war damit gegeben.

Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte und dem Ausbruch der deutschen Revolution wurden Versuche unternommen, den Zusammenschluß erneut herbeizuführen. Besonders der deutsch-österreichische sozialistische Jugendverband trat dafür ein. Doch zur Konferenz vom 20. bis 26. November 1919 waren fast ausschließlich kommunistische Jugendorganisationen geladen. Hier wurde der Kampf gegen die Rechtssozialisten wie auch gegen das sozialistische Zentrum und ihre Jugendorganisationen sowie der offizielle Anschluß an die dritte kommunistische Internationale beschlossen. Aus der geforderten selbständigen Jugend (Münzenberg, Stockholm 1917) hat sich die unter der Fuchtel Moskauer stehende K. J. P. entwickelt, und wenn in Jena auf der Reichskonferenz die kommunistische Jugend Deutschlands die Führung der Partei unterstellt hat, so war dies das mit Notwendigkeit folgende Ergebnis. Wie lange wird sie Bestand haben? Große Teile der Arbeiterschaft haben sich enttäuscht vom Moskauer Putschismus losgesagt. Die Parolen haben ihre Zugkraft eingebüßt. Man vereinigt die Organisationen. Es wird nicht lange dauern, und der letzte „echte“ Kommunist kann sich für Geld sehen lassen und die zweite Phase wird beendet sein.

Die Taktik der kommunistischen Jugendinternationale führte naturgemäß zu einer Gegenbewegung der rechtssozialistischen Arbeiterjugendvereine. Schon am 2. und 3. August fand in Kiel die Konferenz der Arbeiterjugendverbände Deutschlands, Dänemarks, Hollands und Schwedens statt, auf dem ein Bureau, mit dem holländischen Genossen de Boog als Sekretär, gewählt wurde. Die Konferenzen in Hamburg und Amsterdam legten Programm und Ziel fest. Erziehung, Bildung und Jugendschutz, proletarische Jugendbewegung als Kulturbewegung, die einen neuen Lebensstil, den des Sozialismus, begründen soll, sind ihre Leitmotive. Darin liegt ihre Einseitigkeit. Es fehlt nicht, daß Wirtschaft, Politik und Kultur in Wechselbeziehungen stehen, daß ein Kulturfortschritt nicht erreicht werden kann, solange nicht wirtschaftliche und politische Fortschritte Hand in Hand gehen und der Kapitalismus nicht gedrohen wird.

Noch stand ein Teil der Organisationen weder auf dem einseitigen Standpunkt der K. J. P. noch der A. J. J. Am 26. bis 28. Februar 1921 fanden sich die Vertreter Deutschlands, Deutsch-Österreichs, Frankreichs, Jugoslawiens, Lettlands, Ungarns und der Tschechoslowakei in Wien zur Gründung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen zusammen. „Sozialistische Bildungs- und Erziehungsarbeit, Anteilnahme an den politischen Klassenkämpfen, Kampf gegen den Militarismus, für die wirtschaftliche Besserstellung der Jugend“,

sind die hauptsächlichsten Programmpunkte. „Selbständigkeit und volles Selbstbestimmungsrecht der Jugendorganisationen ist Voraussetzung einer gedeihlichen Wirksamkeit“ lagen sie über die Stellung zu den Parteien. Die internationale Arbeitsgemeinschaft tritt mit allen sozialistischen Jugendverbänden und internationalen Vereinigungen in Verbindung zur Schaffung einer alle sozialistischen Jugendorganisationen umfassenden internationalen Verbindung.

Soweit die bisherige geschichtliche Entwicklung. Wenn wir am 30. Oktober zusammenzutreten, um den internationalen Jugendtag zu feiern, so tun wir es in der Überzeugung, daß unsere Genossen jenseits der Grenze uns die Bruderhand entgegenstrecken, und daß auch die uns noch fernstehenden einst zu uns treten werden, daß wir den Grundstock bilden wollen für die allumfassende, wahre, sozialistische Jugendinternationale.

Arbeitersport Erklärung

Von einem Mitgliede des Berliner Weissegelverbandes wird uns geschrieben:

Vom Arbeiter-Wassersport-Verband wurde kürzlich in der „Freiheit“, im „Freien Wassersport“ und im „Arbeitersport“ darauf hingewiesen, daß er sich seit drei Jahren mit dem Zusammenschluß der Wassersportvereine befaßt. Nur bei dem Berliner Weissegel-Verband sei es ihm noch nicht gelungen, Anschluß zu bekommen. Demgegenüber ist festzustellen: Offizielles Verbandsorgan des B. W. S. ist die wöchentlich erscheinende Zeitschrift der „Segelsport“, weil wir nicht in der Lage sind ein eigenes Organ herauszugeben zu können, welches uns vollwertigen Ersatz für den „Segelsport“ geben könnte. Die Wahrnehmung der Interessenvertretung der Segler bei den Behörden in allen Fragen kann vom Berliner Weissegel-Verband jedenfalls ebenso gut wie vom A. W. S. vertreten werden, da es sich doch dann um Sach- und Fachkenntnisse handelt. Wir gehen einer Zusammenkunft absolut nicht aus dem Wege und werden die Interessen der im B. W. S. zusammengeschlossenen Arbeitersportler so vertreten, wie wir es vor der organisierten Arbeiterschaft verantworten können.

Geschäftliches

Gasparende Glühstrümpfe. Das jetzt in Deutschland allgemein fabrizierte und gebrauchte sogenannte *Mischgas* enthält infolge des Kohlenmangels bis zu 30 Prozent Wasserstoff (Koks) und hat im Glühlichtbrenner gegenüber dem reinen Bolkas eine um ungefähr 1/4 verkleinerte Flamme. Die zwar sehr heiße, aber kurze Flamme des Mischgases bringt die bisher gebräuchlichen langen Glühstrümpfe nicht voll zum Leuchten, wenn nicht erheblich mehr Gas durch den Brenner gegeben wird als früher. Das ist aber nicht nur sehr teuer, sondern auch bei der unbedingten Rohstofflage unwirtschaftlich. Der Industrie ist es nun gelungen, hier Abhilfe zu schaffen. Unter den Marken Degea und Pfeil kommen jetzt neuartige, sogenannte „Sparglühkörper“ in den Handel, die ca. 25 Prozent weniger Gas verbrauchen ohne Verminderung der Leuchtkraft.

Wichtige Vereine für vornehme Winterbekleidung werden von den Kleiderwerken Haer Sohn, alleinige Verkaufsstelle in Berlin, Chaussee 29-30, angefordert. Die Firma bietet das kausale Publikum im Interesse aufmerksamer Bekleidung die Kragenstunden mehr zu berücksichtigen.

Verantwortlich für Politik und Weltleben: Leo Diehl, Berlin-Friedrichshagen; für Kommunalpolitik, Lokales und Gemeindefachliches: E. Kuhnert, Berlin; für den Inzerenten- und geschäftlichen Teil: Ludwig Komert, Charlottenburg. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-8.

Leineweber

Berlin, Kölnischer Fischmarkt 4-6

Aussergewöhnlich billiges Sonderangebot
Pelzjoppen, Wagen- u. Fahrpelzen

zum Einheitspreis M. 475.-

besonders geeignet für
AUTO UND REISE

Chaufeuere / Kutscher / Markthallenhändler
Wächter / Landwirte / Fleischer usw.
überhaupt für jeden werksamen Beruf

Verkauf und Abgabe von grösseren Posten erfolgt nur bis 12 Uhr mittags

Möbl. Zimmer

möbl. Wohnungs-Adressen stets vorrätig.
Express-Abteilung der E-Wo-Ga
Alexandersonstr. 38 — Friedrichstraße 250
Potsdamer Straße 56. — Für Vermieter kostenlos.

Wintermäntel

für Damen, Herren und Kinder, in den Preislagen 100.-, 175.- und 200.- Mark. Einzelverkauf werktäglich von 8-4 Uhr. Kleider und Besuche auswärtiger Märkte haben Rabatt!

Lotat G.m.b.H., Bin. Friedenanu
Kaiserstr. 64/65, Stg. 2. Stk. / Tel. Nollplatz 1188
Gringebahn F. L. O. W. 21, 22, 23, 24
Kingsha: Wilmersdorf-Grödenstr.

Der Mieterschutz

Preis 4.00
Preis 2.00

Die Forderungen des Mieterschutzes

Bestellen Sie sofort bei der
Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse

Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwecheln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Gänsefedern

Einmal gepulvert — immer geliebt. Feinst. Gänsefeder. Preis 1.00. In den Läden der Reichshauptstadt. Wenn Sie kaufen, helfen Sie den Geflügelzüchtern. Kurt Kehlert, Berlin. Lothringer Str. 34.

Kapitän-Rautab

Berlin, Nollplatz 1188

einmal gepulvert — immer geliebt. Feinst. Gänsefeder. Preis 1.00. In den Läden der Reichshauptstadt. Wenn Sie kaufen, helfen Sie den Geflügelzüchtern. Kurt Kehlert, Berlin. Lothringer Str. 34.